

Peter Bußjäger / Daniela Larch

**Grundlagen und Entwicklungen der
bundesstaatlichen Instrumente in Österreich**

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführende Bemerkungen	1
2.	Gesetzgebungstätigkeit von Bund und Ländern sowie der Europäischen Gemeinschaft.....	1
2.a.	Anzahl der Landesgesetze	2
2.b.	Anzahl der Bundesgesetze	5
2.c.	Die Problematik der Sammelgesetze.....	5
2.d.	Anzahl der Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft.....	7
2.e.	Bewertung.....	8
3.	Die Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung	9
3.a.	Die Einsprüche des Bundesrates seit 1945	9
3.b.	Die Zustimmungen des Bundesrates seit 1985	12
3.c.	Die Zustimmung der Länder nach Art 102 (1) und (4), Art 129a (2) und Art 14b (4) B-VG	14
4.	Die Mitwirkung des Bundes an der Landesgesetzgebung	16
4.a.	Das Einspruchsrecht nach Art 98 Abs 2 B-VG.....	16
4.b.	Das Verfahren nach Art 97 Abs 2 B-VG.....	21
4.c.	Das Verfahren nach § 9 F-VG	24
5.	Der kooperative Bundesstaat.....	25
5.a.	Formelle Instrumente: Vereinbarungen nach Art 15a B-VG.....	26
5.b.	Informelle Instrumente: Politische Vereinbarungen.....	27
5.b.a.	Das Paktum von Perchtoldsdorf	27
5.b.b.	Das Finanzausgleichspaktum.....	28
5.c.	Informelle Instrumente: Die Landeshauptmännerkonferenz	29
5.d.	Die Landtagspräsidentenkonferenz	31
6.	Die Mitwirkung der Länder an der Willensbildung der Europäischen Union.....	32
6.a.	Die einheitlichen Länderstellungnahmen	33
6.b.	Die einheitlichen Stellungnahmen des Nationalrates und des Bundesrates	34
6.c.	Zur Umsetzung von Gemeinschaftsrecht durch die Länder	35

Anhang 1

Vereinbarungen gemäß Art 15a B-VG (Stand: 30.06.2004) 36

Anhang 2

Einheitliche Länderstellungennahmen (Stand:31.12. 2004) 49

Anhang 3

Stellungnahmen des Nationalrates zu EU-Vorhaben 54

1. Einführende Bemerkungen

Das österreichische bundesstaatliche System weist ein hohes Ausmaß an Verflochtenheit auf, das von wechselseitigen Ingerenzmöglichkeiten, wie Einspruchsrechten und Zustimmungrechten geprägt ist. Darüber hinaus gibt es Instrumente des kooperativen Föderalismus, unter denen die Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG das prominenteste Beispiel ist.

Die vorliegende Arbeit will einen Beitrag zur Vertiefung des empirischen Wissens zu den Bund-Länder-Beziehungen leisten. Zu diesem Zweck sollen so einfache, aber auch aussagekräftige Parameter wie die Rechtsetzungstätigkeit von Bund und Ländern, die Nutzung verfassungsrechtlich vorgesehener Mitwirkungsrechte, die Mechanismen des kooperativen Bundesstaates uä untersucht werden.

Die Untersuchung will dadurch auch einen Anreiz schaffen, die Zahlen und Fakten des bundesstaatlichen Systems in Österreich näher zu untersuchen.

Die erhobenen Daten beruhen, soweit nichts anderes angegeben ist, auf dem Stand 31. Oktober 2004.

2. Gesetzgebungstätigkeit von Bund und Ländern sowie der Europäischen Gemeinschaft

Dieser Abschnitt gibt Aufschluss über die Gesetzgebungstätigkeit des Bundes und der Länder in den Jahren 1995 bis 2003 sowie der Europäischen Gemeinschaft in den Jahren 1997 bis 2003. Auf der Ebene des Bundes und der Länder stellt sich dabei das Problem der so genannten Sammelgesetze¹. Da ihre gesonderte Erfassung einen hohen Arbeitsaufwand fordert, geben die unter 2.a. und 2.b. folgenden Darstellungen zunächst nur einen Überblick über die Zahl der gefassten Gesetzesbeschlüsse ohne gesonderte Hervorhebung der in den Sammelgesetzen zusammengefassten Gesetze.

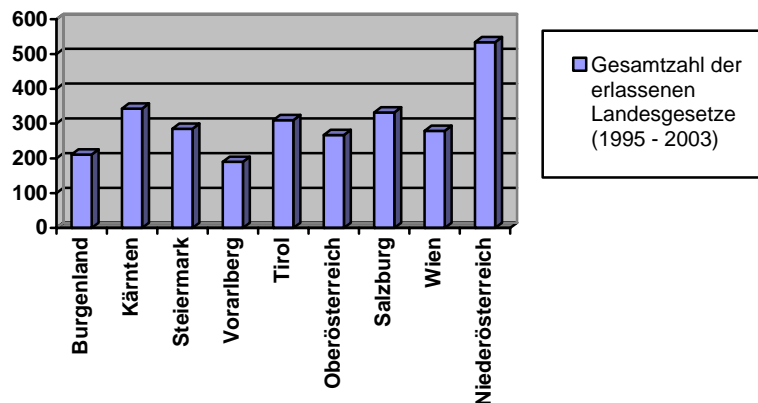
1 Darunter versteht die Rechtspraxis Gesetzesbeschlüsse, in denen Änderungen mehrerer Gesetze eingeschlossen sind.

2.a. Anzahl der Landesgesetze

	Burgenland	Kärnten	Steiermark	Vorarlberg	Nieder- österreich
1995	23	43	34	14	44
1996	30	53	29	15	73
1997	18	52	29	26	43
1998	23	27	30	27	49
1999	19	15	34	22	50
2000	19	24	24	21	32
2001	20	66	27	19	157
2002	41	26	47	30	53
2003	18	37	31	16	33
SUMME	211	343	285	190	534

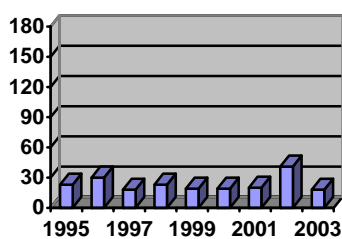
	Tirol	Ober- österreich	Salzburg	Wien
1995	26	28	35	33
1996	29	20	41	40
1997	21	38	29	13
1998	53	26	38	25
1999	18	26	47	25
2000	21	27	38	32
2001	54	42	37	68
2002	36	40	33	21
2003	52	20	34	22
SUMME	310	267	332	279

Im Untersuchungszeitraum wurden somit in Niederösterreich² die meisten und in Vorarlberg am wenigsten Gesetze erlassen. Die neun untersuchten Länder fassten im Untersuchungszeitraum insgesamt 2751 Gesetzesbeschlüsse, wobei die meisten, nämlich insgesamt 490 im Jahr 2001 ergingen.

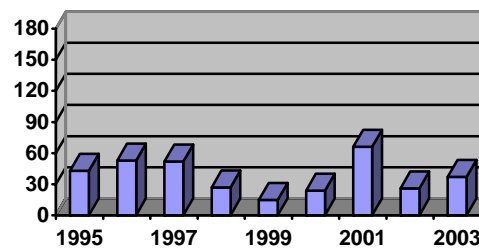


Wie die nachfolgenden Darstellungen verdeutlichen, kann von keiner linearen Entwicklung ausgegangen werden. Wie auch auf Bundesebene ist die Rechtsetzungstätigkeit von Zyklen, die wesentlich auch von den jeweiligen Wahlperioden bestimmt werden, geprägt.

Burgenland

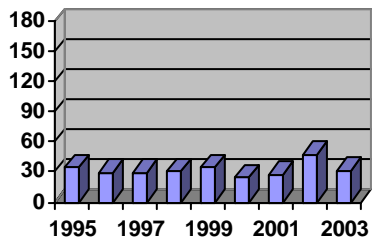


Kärnten

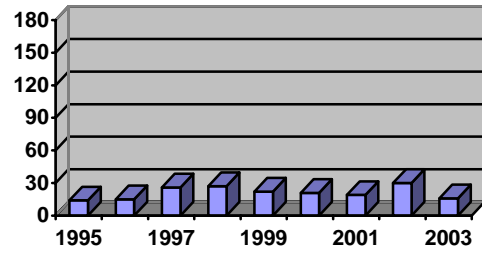


2 Die vergleichsweise hohe Zahl von Gesetzen in Niederösterreich im Jahr 2001 hängt mit der losen Blattsammlung der niederösterreichischen Landesgesetzblätter zusammen.

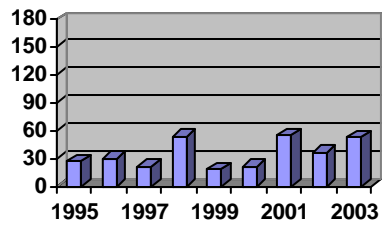
Steiermark



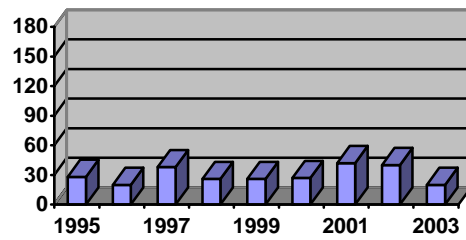
Vorarlberg



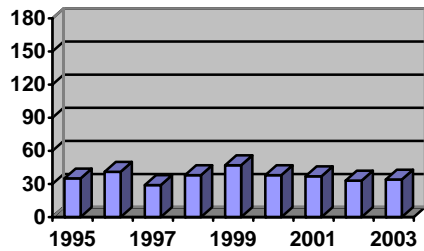
Tirol



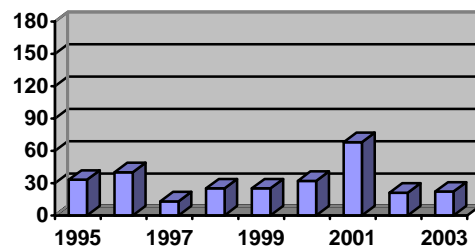
Oberösterreich



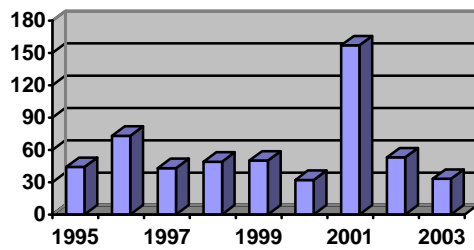
Salzburg



Wien



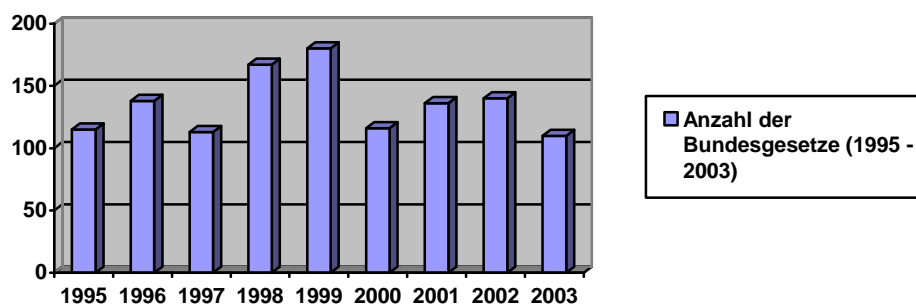
Niederösterreich



2.b. Anzahl der Bundesgesetze

Zwischen 1995 und 2003 wurden insgesamt 1215 Bundesgesetze³ erlassen, wobei die meisten, nämlich 180, im Jahre 1999 erlassen sind. Die graphische Darstellung veranschaulicht, dass auch in diesem Fall nicht von einer linearen, sondern einer wellenförmigen Entwicklung auszugehen ist.

Jahr	Anzahl der Bundesgesetze
1995	115
1996	138
1997	113
1998	167
1999	180
2000	116
2001	136
2002	140
2003	110
SUMME	1215



2.c. Die Problematik der Sammelgesetze

Die Vergleichbarkeit der ermittelten Daten kann insoweit verzerrt sein, als die Praxis der „Sammelgesetzgebung“, mit der verschiedene Gesetze in einem einzigen Gesetzesbeschluss in Form mehrerer Artikel zusammengefasst

³ In dieser Zahl sind Sammelgesetze insgesamt, nicht jedoch die einzelnen in Sammelgesetzen zusammengefassten Gesetze enthalten.

werden, von den jeweiligen Trägern der Gesetzgebungshoheit unterschiedlich gehandhabt wird.

Aus diesem Grund wurden – im Interesse der Zeitökonomie beschränkt auf ein Jahr – die im Jahr 2003 erlassenen Bundes- und Landesgesetze einer solchen Zählung unterzogen, die auch die in Sammelgesetzen enthaltenen Novellierungen umfasst:

Anzahl der 2003 erlassenen Bundesgesetze (ohne Einbeziehung der in Sammelgesetzen enthaltenen Gesetze)	110
Anzahl der 2003 erlassenen Bundesgesetze (mit Einbeziehung der in Sammelgesetzen enthaltenen Gesetze)	418

Wie ersichtlich, erhöht sich die Anzahl der Bundesgesetze bei Einrechnung der Sammelgesetze beinahe um das Vierfache! Wendet man dieselbe Vorgangsweise auf die Landesgesetze an, so zeigt sich ein ganz anderes Bild:

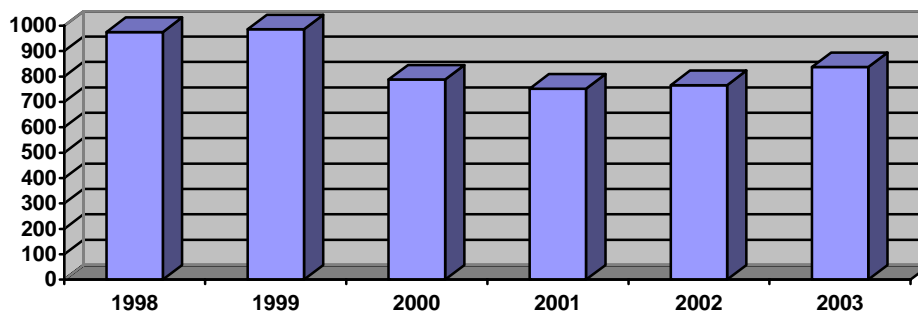
Land	Anzahl der 2003 erlassenen Gesetze (ohne Einbeziehung der in Sammelgesetzen enthaltenen Gesetze)	Anzahl der 2003 erlassenen Gesetze (mit Einbeziehung der in Sammelgesetzen enthaltenen Gesetze)
Burgenland	18	18
Kärnten	37	41
Niederösterreich	33	33
Oberösterreich	20	51
Salzburg	34	63
Steiermark	31	43
Tirol	52	56
Vorarlberg	16	16
Wien	22	31

Die Länder machen demnach von der Praxis der „Sammelgesetzgebung“ in sehr unterschiedlichem Ausmaß, insgesamt aber in weit geringerem Umfang als der Bund Gebrauch. Dieser Befund relativiert die Vergleichbarkeit sowohl der Daten der Länder untereinander als auch gegenüber dem Bund drastisch.

Man wird daher in einer groben Schätzung davon auszugehen haben, dass die Rechtsetzungstätigkeit des Bundes jene eines Landes im Durchschnitt um das Achtfache übertrifft.

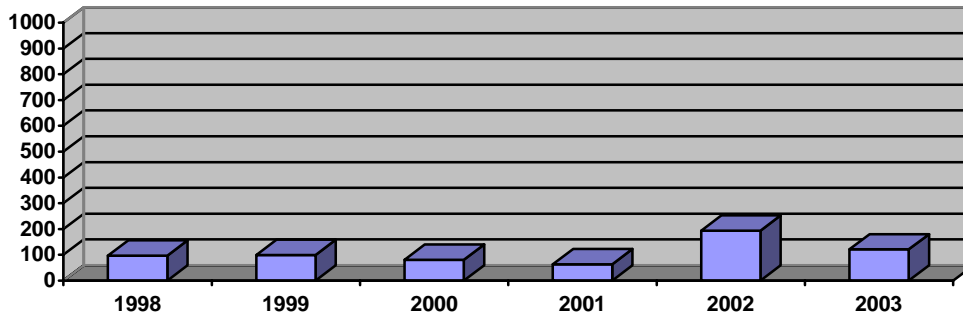
2.d. Anzahl der Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft⁴

Anzahl der zwischen 1998 und 2003 von der Europäischen Gemeinschaft erlassenen Verordnungen



4 Siehe dazu den Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union: <http://europa.eu.int/abc/doc/off/rg/de/welcome.htm>.

Anzahl der zwischen 1998 und 2003 von der Europäischen Gemeinschaft
erlassenen Richtlinien



Zwischen 1998 und 2003 wurden insgesamt 5104 Verordnungen und 654 Richtlinien erlassen, wobei 1999 die meisten Verordnungen und 2002 die meisten Richtlinien erlassen wurden. Im Untersuchungszeitraum überstieg die Zahl der erlassenen Verordnungen jene der Richtlinien beinahe um das Achtefache. Auch hinsichtlich der Anzahl der europäischen Richtlinien und Verordnungen kann nicht von einer stetigen, sondern von einer wellenförmigen Entwicklung ausgegangen werden.

2.e. Bewertung

Auf Grund der unterschiedlichen Praxis der „Sammelgesetzgebung“ sowohl auf der Ebene des Bundes als auch unter den Ländern, ist eine Vergleichbarkeit der erhobenen Daten kritisch zu sehen. Es lassen sich aber immerhin einige grundsätzliche Feststellungen treffen:

Weder auf der Ebene der Länder noch auf der Ebene des Bundes kann von einem linearen Anstieg der Normenproduktion ausgegangen werden. Die Entwicklung ist vielmehr wellenförmig.⁵ Auch die Anzahl der europäischen Richt-

5 Da von den Verfassern nicht angenommen wird, dass die Rechtsetzungsproduktion im gleichen Ausmaß durch ein Außerkrafttreten von Normen ausgeglichen wird, ist zu beachten, dass sich der in Geltung befindliche Normenbestand laufend erhöht hat.

linien und Verordnungen nahm nicht linear zu: Sowohl die Zahl der Verordnungen als auch der Richtlinien entwickelte sich wellenförmig⁶.

Der Höhepunkt der Rechtsetzungstätigkeit lag im Untersuchungszeitraum beim Bund im Jahr 1999 und bei den Ländern im Jahr 2001. Die meisten europäischen Verordnungen wurden 1999 erlassen und die meisten Richtlinien im Jahr 2002.

3. Die Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung

Die Existenz einer effektiven Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung des Bundes ist in der Bundesstaatstheorie eine entscheidende Komponente eines föderalen Systems. Zentrales Element dieser Mitwirkung ist im System der österreichischen Bundesverfassung der Bundesrat.

Seine Instrumente⁷ sind im Wesentlichen das Einspruchsrecht nach Art 42 Abs 2 und 3 B-VG gegenüber Gesetzesbeschlüssen des Nationalrates sowie die Zustimmungsrechte zu Gesetzesbeschlüssen des Nationalrates nach Art 44 Abs 2 bzw zu Staatsverträgen nach Art 50 Abs 1 und 3 B-VG⁸.

Die Ländermitwirkung an der Bundesgesetzgebung ist allerdings nicht nur über den Bundesrat mediatisiert, sondern existiert auch in Form von Zustimmungsrechten der beteiligten Länder nach Art 14b, 102 Abs 1 und 4 und 129a B-VG⁹.

3.a. Die Einsprüche des Bundesrates seit 1945

Gemäß Art 42 Abs 2 und 3 B-VG hat der Bundesrat die Möglichkeit, binnen acht Wochen nach Einlangen des Gesetzesbeschlusses des Nationalrates gegen diesen begründeten Einspruch zu erheben, sofern es sich nicht um eine

6 Da auch hinsichtlich der Richtlinien und Verordnungen der EU die Rechtsetzungsproduktion nicht im gleichen Ausmaß durch ein Außerkrafttreten von Normen ausgeglichen wird (siehe dazu den Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union: <http://europa.eu.int/abc/doc/off/rg/de/welcome.htm>), ist auch hier zu beachten, dass sich der in Geltung befindliche Normbestand laufend erhöht hat.

7 *Hummer*, Der Bundesrat und die Gesetzgebung, in: Schambeck (Hrsg), Bundesstaat und Bundesrat in Österreich (1997), 368.

8 Dazu *Bußjäger*, Die Zustimmungsrechte des Bundesrates (2001).

9 Dazu *Bußjäger*, Die Instrumente der Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung in Theorie und Verfassungswirklichkeit, in: *Bußjäger/Weiss* (Hrsg), Die Zukunft der Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung (2004), 4.

Angelegenheit handelt, die gemäß Art 42 Abs 5 B-VG von der Mitwirkung des Bundesrates ausgeschlossen ist¹⁰. Der Gesetzesbeschluss des Nationalrates darf nur dann beurkundet und kundgemacht werden, wenn der Bundesrat dagegen keinen mit Gründen versehenen Einspruch erhoben hat¹¹ oder wenn der Nationalrat auf Grund des Einspruchs des Bundesrates seinen ursprünglichen Beschluss bei Anwesenheit mindestens der Hälfte der Mitglieder wiederholt hat¹².

Einsprüche des Bundesrates (seit 1945; Stand 20.12.2004)

Gesetzgebungsperiode	Anzahl der Einsprüche	Beharrungsbeschlüsse des NR
1945 – 1949	10	4
1949 – 1953	2	0
1953 – 1956	0	0
1956 – 1959	4	1
1959 – 1962	0	0
1962 – 1966	0	0
1966 – 1970	12	9
1970 – 1971	3	3
1971 – 1975	4	4
1975 – 1979	14	14
1979 – 1983	13	11
1983 – 1986	47	44
1986 – 1990	1	0
1990 – 1994	1	0
1994 – 1996	0	0
1996 – 1999	0	0
1999 – 2002	0	0
2002 -	0	0
Summe der Einsprüche (1945 – 2004): 111		
Summe der Beharrungsbeschlüsse des NR (1945 – 2004): 90		

10 Der Einspruch ist vom Vorsitzenden des Bundesrates dem Nationalrat in schriftlicher Form zu übermitteln.

11 Der Bundesrat kann entweder beschließen keinen Einspruch zu erheben oder die Frist ungenützt verstreichen lassen.

12 Art 42 Abs 4 erster Satz B-VG, § 82 Abs 2 Ziffer 3 GOGNR.

Mit Stand vom 20.12.2004 erhob der Bundesrat seit 1945 insgesamt 111 Einsprüche¹³, wobei sich der Nationalrat mit Beharrungsbeschluss über die meisten hinweg setzte¹⁴: In immerhin 21 Fällen blieb der Einspruch des Bundesrates erfolgreich.

Wie ersichtlich, hat der Bundesrat in der politischen Praxis seit 1994 keinen Einspruch mehr erhoben. Diese „Lähmung“ des Bundesrates lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass die jeweiligen Koalitionsvereinbarungen zwischen den Regierungsparteien vorsahen, im Bundesrat kein anderes Abstimmungsverhalten zu setzen als im Nationalrat¹⁵.

Aber auch in der Zeit der „großen Koalition“ zwischen 1945 und 1966 waren Einsprüche des Bundesrates sehr selten. Zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1969 stiegen sie erstmals deutlich an, was angesichts der auch damals gegebenen konservativen Mehrheit im Bundesrat überrascht. In der Zeit der SPÖ-Alleinregierung von 1971 – 1983 wurde diese Zahl in keiner Legislaturperiode wesentlich überstiegen, nur die „kleine Koalition“ von SPÖ/FPÖ von 1983 – 1986 bildet eine auffallende Ausnahme.

Die Einspruchgründe behandelten häufig Angelegenheiten, die eigentlich nicht mit den von den Ländern wahrzunehmenden Interessen zusammen hängen. Als Einspruchsgründe wurden etwa (teilweise auch mehrfach) geltend gemacht:

- unzumutbare, erhebliche finanzielle Belastung der Bevölkerung, soziale Unvertretbarkeit,
- rechtspolitische und allgemeine grundsätzliche Bedenken,
- verfassungsrechtliche Bedenken,
- gesetzestechnische Mängel,
- wirtschaftspolitische Gründe,
- schwerer Schaden für die Wirtschaftspolitik der Länder und Gemeinden sowie

13 Während der Ersten Republik erhob der Bundesrat insgesamt 38 Einsprüche.

14 Von einer vollständigen Bedeutungslosigkeit kann also nicht gesprochen werden (siehe dazu *Bußjäger*, Instrumente der Mitwirkung, 8).

15 *Hummer*, Der Bundesrat und die Gesetzgebung, 370 f.

- Eingriff in den Zuständigkeitsbereich der Länder¹⁶.

3.b. Die Zustimmungen des Bundesrates seit 1985

Nach Art 44 Abs 2 B-VG bedürfen Bundesverfassungsgesetze sowie in einfachen Gesetzen enthaltene Verfassungsbestimmungen, durch welche die Zuständigkeit der Länder in Gesetzgebung oder Vollziehung eingeschränkt wird, der Zustimmung des Bundesrates¹⁷. Zustimmungspflichtig sind nicht nur formelle Kompetenzübertragungen auf den Bund, sondern auch Einschränkungen der Verfassungsautonomie der Länder. Art 44 Abs 2 B-VG erfasst jegliche bundesverfassungsgesetzliche Kompetenzausübungsschranke der Landesgesetzgebung oder -vollziehung. Das Zustimmungsrecht nach Art 44 Abs 2 B-VG ist in bundesstaatstheoretischer Hinsicht das bedeutsamste: Hier haben die österreichischen Bundesländer (im Wege des Bundesrates) Anteil an der Ausübung der Kompetenzkompetenz¹⁸, ein entscheidender Aspekt einer tatsächlich verwirklichten Bundesstaatsparität. Im Gegensatz zu den Einspruchsmöglichkeiten des Bundesrates ist die Zustimmung an keine Frist gebunden, was zur Folge hat, dass der Bundesrat die Zustimmung zu einem Gesetzesbeschluss beliebig lange zurückhalten kann und dieser daher auch nicht kundgemacht werden darf¹⁹. Art 44 Abs 2 B-VG findet gemäß Art 50 Abs 3 B-VG auch auf Beschlüsse des Nationalrates Anwendung, mit denen Staatsverträge genehmigt werden, durch die Verfassungsrecht geändert oder ergänzt wurde: Dies ist dann der Fall, wenn die Zuständigkeit der Länder in Gesetzgebung oder Vollziehung durch den Staatsvertrag auf den Bund oder –

16 Siehe dazu *Ermacora/Baumgartner/Strejcek*, Österreichische Verfassungslehre (1998), 285.

17 Die Zustimmung ist in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen zu erteilen. Weiters kommt dem Bundesrat ein Zustimmungsrecht zu, wenn in einem Grundsatzgesetz des Bundes eine Frist für die Ausführungsgesetzgebung festgelegt wird, die kürzer als sechs Monate oder länger als ein Jahr ist (Art 15 Abs 6 B-VG), bei Änderungen der Art 43 und 35 B-VG betreffend die Zusammensetzung des Bundesrates und die Bestellung seiner Mitglieder (Art 35 Abs 4 B-VG), bei politischen, gesetzesändernden oder gesetzesergänzenden Staatsverträgen, die Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereichs der Länder regeln (Art 50 Abs 1 B-VG) und schließlich bei der Auflösung eines Landtages gemäß Art 100 Abs 1 B-VG (siehe dazu ausführlich *Bußjäger*, Zustimmungsrechte).

18 *Koja*, Allgemeine Staatslehre (1993), 356.

19 Das Nichttätigwerden kann als konkludente Versagung der Zustimmung angesehen werden (siehe dazu *Hummer*, Bundesrat, 368).

weit häufiger – auf eine zwischenstaatliche Organisation übertragen wird. Art 50 Abs 3 B-VG stellt also über Art 50 Abs 1 B-VG klar, dass auch Kompetenzverschiebungen, die sich unmittelbar aus Staatsverträgen ergeben, zustimmungspflichtig sind.

Daneben besteht eine Zustimmungspflicht gemäß Art 50 Abs 1 B-VG aber auch in jenen Fällen, in denen ein Staatsvertrag Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder „regelt“, ohne dass dadurch eine Kompetenzverschiebung stattfindet.

Anzahl der vom Bundesrat erteilten Zustimmungen nach Art 44 Abs 2 bzw in Verbindung mit Art 50 Abs 1 und Abs 3 B-VG (seit 1983; Stand 20.12.2004)

Gesetzgebungsperiode des NR	Zustimmungen	Gesetzgebungsperiode des NR	Zustimmungen
1983 – 1986	7	1996 – 1999	39
1986 – 1990	33	1999 – 2002	21
1990 – 1994	58	2002 –	5
1994 – 1996	15	GESAMT	178

Verteilung der vom Bundesrat erteilten Zustimmungen auf die verschiedenen Typen von Rechtsakten

B-VG Novellen	16
Bundesverfassungsgesetze	10
Einfache Bundesgesetze mit Verfassungsbestimmungen	118
Staatsverträge	34

Mit Stand vom 20.12.2004 erteilte der Bundesrat seit 1985²⁰ insgesamt 178 Zustimmungen gemäß Art 44 Abs 2 bzw in Verbindung mit Art 50 Abs 1 und 3 B-VG. Dies legt nun in der Beurteilung tatsächlich den Schluss nahe, dass die mit der B-VG-Novelle des Jahres 1984 erfolgte „Aufwertung“ des Bundesrates ihr Ziel verfehlt hätte. Freilich wäre eine solche Annahme zu kurz gegriffen:

²⁰ Das Zustimmungsrecht wurde erstmals mit der B-VG-Novelle 1984 (BGBl Nr 490/1984) eingeführt.

Obwohl die Zustimmung des Bundesrates nach Art 44 Abs 2 B-VG noch nie verweigert wurde, heißt dies nicht, dass diese Bestimmung bedeutungslos wäre: Die mögliche Verweigerung der Zustimmung hat nicht selten eine präventive Wirkung und stellt die Basis zahlreicher Kompromisse über B-VG-Novellen, einzelne BVG oder in einfachen Bundesgesetzen enthaltenen Verfassungsbestimmungen dar²¹.

3.c. Die Zustimmung der Länder nach Art 102 (1) und (4), Art 129a (2) und Art 14b (4) B-VG

Nach Art 102 Abs 1 B-VG sollen der Landeshauptmann als zentrales Organ der mittelbaren Bundesverwaltung und die ihm unterstellten Landesbehörden im Bereich der Länder die Vollziehung des Bundes ausüben. Nach Abs 4 ist für die Errichtung²² von eigenen Bundesbehörden für andere als die im Absatz 2 bezeichneten Angelegenheiten die Zustimmung der beteiligten Länder notwendig. Abs 1 regelt hingegen den Fall, dass die Zuständigkeit einer Bundesbehörde in einer solchen Angelegenheit in Unterordnung unter den Landeshauptmann begründet werden soll. Die förmliche und ausdrückliche Zustimmung der Länder, in denen die Zuständigkeit wirksam werden soll, ist sowohl im Fall des Abs 1 als auch des Abs 4 Voraussetzung für die Zulässigkeit der Kundmachung des betreffenden Bundesgesetzes und damit für das verfassungsmäßige Zustandekommen des betreffenden Bundesgesetzes. Das Zustimmungserfordernis wurde jedoch einerseits durch die Erlassung von einzelnen bundesverfassungsgesetzlichen Bestimmungen, die unmittelbar zur bundesgesetzlichen Zuständigkeit von Bundesbehörden in nicht in Abs 2 angeführten Angelegenheiten ermächtigen²³ und andererseits durch bundesverfassungsgesetzliche Bestimmungen, welche selbst die Zuständigkeit von

21 *Bußjäger*, Zustimmungsrechte, 58.

22 Abs 4 stellt richtigerweise nicht auf die „Errichtung“ ab, sondern auf die Begründung der Zuständigkeit von Bundesbehörden mit nicht in Abs 2 genannten Angelegenheiten (*Raschauer*, Kommentar zu Art 102 B-VG, in: Korinek/Holoubek (Hrsg), Österreichisches Bundesverfassungsrecht (2000), Rn 32).

23 Siehe etwa jeweils den zweiten Absatz der Art I Bundespflegegeldgesetz, Preistransparenzgesetz, Versorgungsversicherungsgesetz und Preisgesetz (*Raschauer*, Kommentar zu Art 102 B-VG, Rn 35).

Bundesbehörden festlegen²⁴, umgangen. Wird die Zuständigkeit des Landeshauptmannes ersetzt, ist die Angelegenheit damit eine der unmittelbaren Bundesverwaltung²⁵.

Während Art 129a Abs 1 B-VG vorsieht, dass die UVS nach Erschöpfung des allenfalls in Betracht kommenden administrativen Instanzenzuges erkennen, ist gemäß Art 129a Abs 2 auch möglich, dass die UVS unmittelbar nach der ersten und einzigen Verwaltungsinstanz angerufen werden können. Da dies im Ergebnis eine Umgehung des Landeshauptmannes oder der Landesregierung bedeuten kann, sieht Abs 2 vor, dass in Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung und der Art 11 und 12 B-VG derartige Bundesgesetze nur mit Zustimmung der beteiligten Länder kundgemacht werden dürfen²⁶.

Nach Art 14b Abs 1 B-VG ist die Gesetzgebung in den Angelegenheiten des öffentlichen Auftragswesens Bundessache. Ist die Vollziehung eines Bundesgesetzes (oder einer Verordnung) gemäß Art 14b Abs 1 jedoch Landessache, kann dieses nur mit Zustimmung der Länder kundgemacht werden. Damit ist für die vergabeverfahrensrechtlichen Regelungen des Bundesgesetzgebers, denn nur diese sind im Rahmen der Vergabekontrolle zu vollziehen, eine Ländermitwirkung obligatorisch²⁷. Die Bestimmung hat anlässlich der Erlassung des Bundesvergabegesetzes, BGBl I Nr 99/2002, und der entsprechenden Durchführungsverordnungen praktische Anwendung erfahren.

24 Siehe etwa § 3 Impfschadengesetz.

25 Siehe etwa VfSlg 2282/1952.

26 Eine empirische Erhebung der Zahl der Zustimmungen nach diesen Bestimmungen erwies sich als nicht möglich. Es ist allerdings anzunehmen, dass ihre Zahl nicht besonders hoch ist, sondern der Gesetzgeber in der Vergangenheit eher zum Instrument der Aushebelung der mittelbaren Bundesverwaltung durch Verfassungsbestimmung gegriffen hat (siehe dazu die Darstellung bei *Bußjäger*, Kommentar zu Art 102 B-VG, in: Rill/Schäffer (Hrsg), Bundesverfassungsrecht (2002), Rz 24).

27 *Rill*, Kommentar zu Art 14b B-VG, in: Rill/Schäffer (Hrsg), Bundesverfassungsrecht (2004), 29.

4. Die Mitwirkung des Bundes an der Landesgesetzgebung

Die österreichische Bundesverfassung sieht – gleichsam analog zum Mitwirkungsrecht der Länder an der Bundesgesetzgebung – Mitwirkungsrechte des Bundes an der Landesgesetzgebung vor.

Dabei kommt den Verfahren gemäß Art 98 Abs 2 B-VG, der die Bundesregierung ermächtigt, gegen Gesetzesbeschlüsse der Landtage Einspruch zu erheben, und nach Art 97 Abs 2 B-VG, der hinsichtlich Landesgesetzen in besonderen Fällen die Zustimmung der Bundesregierung erfordert, besondere Bedeutung zu. § 9 F-VG regelt darüber hinaus den Fall, dass die Bundesregierung gegen einen Gesetzesbeschluss eines Landtages, der Landes- oder Gemeindeabgaben regelt, Einspruch erhebt: Wenn der Landtag seinen Beschluss bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder wiederholt und die Bundesregierung ihren Einspruch nicht zurückzieht, entscheidet darüber, ob der Einspruch aufrecht zu bleiben hat, der von Bundesrat und Nationalrat eingerichtete ständige Ausschuss²⁸.

Die geltende Fassung des Art 98 B-VG ist das Resultat der B-VG-Novelle aus dem Jahre 1983 (BGBl Nr 175/1983), mit der das Einspruchsrecht des Bundes, sofern ihm vor Beschlussfassung Gelegenheit zur Stellungnahme eingeräumt wurde, auf Fälle behaupteter Eingriffe in die Zuständigkeit des Bundes eingeschränkt wurde.

4.a. Das Einspruchsrecht nach Art 98 Abs 2 B-VG

Nach Art 98 Abs 1 B-VG sind sämtliche Gesetzesbeschlüsse²⁹ des Landtages vom Landeshauptmann unmittelbar nach Beschlussfassung und vor ihrer Kundmachung dem Bundeskanzleramt bekannt zu geben. Die Bekanntgabe durch den Landeshauptmann stellt eine konstitutive Voraussetzung der Verfas-

28 Nicht behandelt wird hier das Zustimmungsrecht der Bundesregierung gemäß Art 15 Abs 10 B-VG betreffend Änderungen der Organisation der allgemeinen staatlichen Verwaltung in den Ländern, dem in der Praxis keine große Bedeutung zukommt.

29 Das Einspruchsrecht der Bundesregierung nach Art 98 Abs 2 B-VG ist auf Gesetzesbeschlüsse beschränkt; andere Rechtsakte der Landtage – so insbesondere Wahlen und nicht in Gesetzesform gekleidete Beschlüsse – sind ausgeschlossen (siehe dazu ausführlich *Weber*, Das Einspruchsrecht der Bundesregierung nach Art 98 Abs 2 B-VG, JBl 1980, 176 f).

sungsmäßigkeit des betreffenden Landesgesetzes dar³⁰; wird die Übermittlung an das Bundeskanzleramt vom Landeshauptmann nicht vorgenommen, wird dadurch das ganze Gesetz verfassungswidrig³¹.

Die von der Bundesregierung erhobenen Einsprüche müssen mit Gründen versehen sein³²; andernfalls liegt kein Einspruch im Sinne des Art 98 B-VG vor. Der Umfang der möglichen Einspruchsgründe hängt davon ab, ob dem Bund vor Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens Gelegenheit zur Stellungnahme zum zugrunde liegenden Entwurf gegeben wurde; bejahendenfalls kann sich der Einspruch nur mehr auf die Behauptung eines Eingriffs in die Zuständigkeit des Bundes stützen. Andernfalls besteht volles Einspruchsrecht wegen „Gefährdung von Bundesinteressen“³³.

Innerhalb der achtwöchigen Frist muss der Beschluss der Bundesregierung über den Einspruch beim Landeshauptmann eingelangt sein, wobei dieser wiederum den Einspruch dem Landtag vorlegt. Durch den Einspruch werden die Rechtswirkungen des Gesetzesbeschluss vorläufig suspendiert³⁴. Mittels Beharrungsbeschluss³⁵ kann der beeinspruchte Gesetzesbeschluss dennoch Gesetz werden, wobei Voraussetzung ist, dass der Gesetzesbeschluss wortwörtlich wiederholt wird³⁶. Wurde ein Gesetzesbeschluss mit einem Einspruch in Einklang gebracht, unterliegt dieser wiederum dem Einspruchsrecht.

30 *Weber*, Einspruchsrecht, 179.

31 VfSlg 2598/1953.

32 Ausreichend ist, dass ersichtlich ist, aus welchen Erwägungen die Bundesregierung der Auffassung ist, dass der Gesetzesbeschluss des Landtages Bundesinteressen gefährdet (VfSlg 3437/1958).

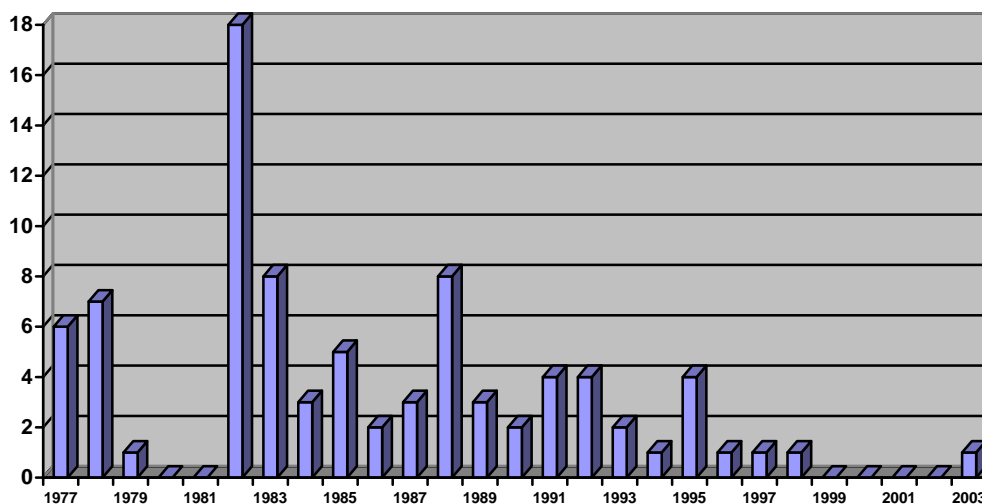
33 Während der Verfassungsgerichtshof die Auffassung vertritt, dass dieser Begriff keine Einschränkung des Einspruchsrechts zum Ausdruck bringt (VfSlg 3437/1958), sind *Jablonec/Muzak*, Kommentar zu Art 98 B-VG, in: Korinek/Holoubek (Hrsg), Österreichisches Bundesverfassungsrecht (2000), Rn 14, der Auffassung, dass dem Begriff „Gefährdung von Bundesinteressen“ zwar eine inhaltliche Bedeutung zu kommt, der Bundesregierung aber ein außerordentlich weiter Spielraum eingeräumt ist; Verstöße gegen gemeinschaftsrechtliche Vorschriften müsse man jedenfalls als „Gefährdung der Bundesinteressen“ ansehen.

34 *Jablonec/Muzak*, Kommentar zu Art 98 B-VG, Rn 15. Anderer Ansicht ist hingegen der VfGH: Durch den Einspruch wird der Gesetzesbeschluss „gleichsam aus der Welt geschaffen“ (VfSlg 1563/1947).

35 Dabei ist die Anwesenheit mindestens der Hälfte der Mitglieder erforderlich.

36 VfSlg 2598/1953.

Erhobene Einsprüche nach Art 98 Abs 2 B-VG (1977-2003)



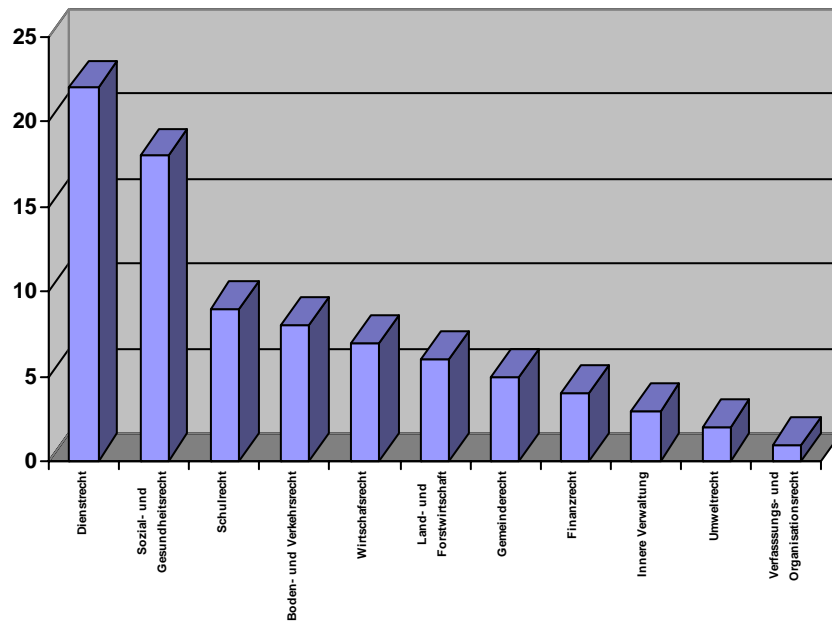
In den Jahren 1977 – 2003 wurden insgesamt 85 Einsprüche erhoben, wobei 1982 die höchste Anzahl, nämlich 18 Einsprüche, zu verzeichnen waren. Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Anzahl der Einsprüche in den letzten Jahren deutlich verringert hat.

Hier erweist sich, dass seit der angeführten Novellierung des Art 98 B-VG die Zahl der Einsprüche seitens des Bundes insgesamt doch deutlich zurückgegangen ist. Vor allem die Praxis der letzten Jahre lässt darauf schließen, dass das Instrument des Art 98 Abs 2 B-VG zu „totem Recht“ verkommt. Unter diesen Aspekten wäre die im Österreich-Konvent andiskutierte gänzliche Beseitigung dieser Verfassungsbestimmung³⁷ nur konsequent.

Von Interesse ist nun aber auch, auf welche Materien sich die Einsprüche der Bundesregierung beziehen, wie dies aus der nachfolgenden Tabelle hervorgeht:

³⁷ Siehe dazu den Bericht des Ausschusses 5 vom 04.03.2004, www.konvent.gv.at.

Die von den Einsprüchen nach Art 98 Abs 2 B-VG betroffenen Materien



22 Einsprüche betrafen das Dienstrecht, 18 das Sozial- und Gesundheitswesen, neun Einsprüche das Schulrecht, acht das Boden- und Verkehrsrecht, sieben das Wirtschaftsrecht, sechs Einsprüche das Land- und Forstwirtschaftsrecht, fünf das Gemeinderecht, vier das Finanzrecht, drei Einsprüche die innere Verwaltung, zwei das Umweltrecht und lediglich ein Einspruch das Verfassungs- und Organisationsrecht.

Nachstehend wird dargestellt, wie sich die Einsprüche auf die einzelnen Länder verteilen:

Die von den Einsprüchen nach Art 98 Abs 2 B-VG betroffenen Länder

	B	K	NÖ	OÖ	SBG	ST	T	VBG	W
1977	1		2		1		1	1	
1978		1	1		2		1	2	
1979								1	
1980									
1981									
1982			2	1	6	1	7	1	
1983			1	1	5			1	
1984			2			1			
1985			2			1		1	1
1986			1	1					
1987		3							
1988				3			3	1	1
1989						2			1
1990		1		1					
1991		2		1	1				
1992			2		1		1		
1993			1						1
1994			1						
1995		1	1			1	1		
1996						1			
1997					1				
1998			1						
1999									
2000									
2001									
2002									
2003									1
SUMME	1	8	17	8	17	7	14	8	5

Somit ergibt sich, dass Salzburg und Niederösterreich am häufigsten, nämlich 17 Mal von Einsprüchen betroffen waren. Es folgen Tirol (14), Kärnten, Oberösterreich und Vorarlberg (jeweils acht). Gegen steiermärkische Landesgesetze wurde hingegen sieben und gegen solche Wiens fünf Mal Einspruch erhoben. Am wenigsten war das Burgenland betroffen: Lediglich ein Landesgesetz wurde von der Bundesregierung beeinsprucht.

Unter Bedachtnahme auf die zeitliche Häufung fällt auf, dass während der SPÖ-Alleinregierung auf Bundesebene von 1970 – 1983 die konservativ geprägten Länder viel häufiger mit Einsprüchen konfrontiert waren als etwa Wien oder das Burgenland.

4.b. Das Verfahren nach Art 97 Abs 2 B-VG

Art 97 Abs 2 B-VG verlangt für Landesgesetze, die eine Mitwirkung von Bundesorganen³⁸ bei der Vollziehung³⁹ der Länder vorsehen, die Zustimmung der Bundesregierung. Art 97 Abs 2 B-VG steht in engem systematischen Zusammenhang mit Art 98 B-VG, wobei Art 98 B-VG quasi den „Normalfall“ des bloßen Einspruches regelt und Art 97 Abs 2 B-VG als *lex specialis* die verstärkte Mitwirkung in Form des Zustimmungserfordernisses bei bestimmten Kategorien von Gesetzesentwürfen behandelt⁴⁰. Da Art 97 Abs 2 B-VG keine besondere Regelung trifft, baut er auf Art 98 B-VG auf: Die Einleitung des Verfahrens erfolgt durch Übermittlung des Gesetzesbeschlusses an das Bundeskanzleramt. Wird die Zustimmung – auch nur hinsichtlich eines Teiles des Gesetzes - verweigert, ist die Kundmachung des gesamten Gesetzesentwurfs unzulässig⁴¹. Im Gegensatz zu Art 98 Abs 2 B-VG enthält Art 97 Abs 2 B-VG keine Begründungspflicht. Wird die Zustimmung verweigert, darf der Gesetzesbeschluss nicht kundgemacht werden; anderenfalls liegt ein verfassungswidriges Landesgesetz vor. Ein Beharrungsbeschluss ist nach Art 97 Abs 2 B-VG nicht vorgesehen.

Auf Grund des „Wachkörperverbotes“ für die Länder kommt dem Art 97 Abs 2 B-VG für eine effiziente Vollziehung von Landesgesetzen große Bedeutung zu. Es ist daher von Interesse, wie sich die Praxis des Bundes in den vergangenen Jahren darstellt:

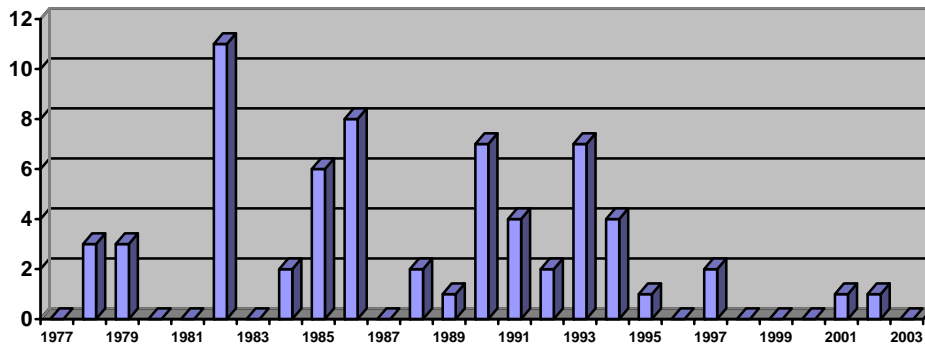
38 Es kommen Bundesorgane im organisatorischen Sinne in Betracht.

39 Mitwirkung an der Vollziehung bedeutet, dass vom mitwirkenden Organ ein Teilakt gesetzt wird, der diesem auch zuzurechnen ist (*Jabloner*, Die Mitwirkung der Bundesregierung an der Landesgesetzgebung (1989), 150 ff). Unter dem Begriff „Vollziehung“ werden im Zusammenhang mit Art 97 Abs 2 B-VG sämtliche Formen des Verwaltungshandelns verstanden.

40 *Jabloner/Muzak*, Kommentar zu Art 97 B-VG, Rn 6.

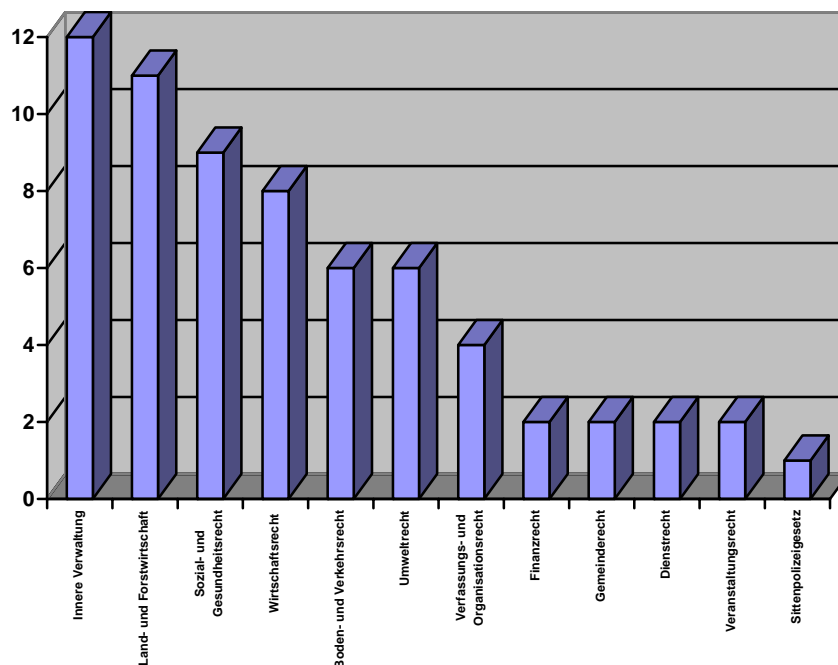
41 So heute auch der VfGH: VfSlg. 14.605/1996 (vergleiche hingegen die ältere Judikatur VfSlg 2598/1953).

Verweigerte Zustimmungen durch die Bundesregierung nach
Art 97 Abs 2 B-VG (1977-2003)



In den Jahren 1977 – 2003 wurden insgesamt 65 Zustimmungen verweigert, wobei 1982 die höchste Anzahl, nämlich 11 Zustimmungsverweigerungen, zu verzeichnen waren. Auffallend ist, dass insbesondere seit 1995 verhältnismäßig selten Zustimmungen verweigert wurden.

Verweigerte Zustimmungen nach Art 97 Abs 2 und betroffene Materien



Angelegenheiten der inneren Verwaltung (12) waren demnach am häufigsten betroffen. Es folgen die Land- und Forstwirtschaft (11), das Sozial-

Gesundheitsrecht (9), das Wirtschaftsrecht (8), das Boden- und Verkehrsrecht, das Umweltrecht (jeweils 6) und das Verfassungs- und Organisationsrecht (vier). Nur selten waren demgegenüber das Finanzrecht, Gemeinderecht, Dienstrecht sowie das Veranstaltungsrecht (jeweils 2) oder das Sittenpolizei-recht (1) betroffen.

Die von verweigeren Zustimmungen nach Art 97 Abs 2 B-VG
betroffenen Länder

	B	K	NÖ	OÖ	SBG	ST	T	VBG	W
1977									
1978					2		1		
1979		1						2	
1980									
1981									
1982		2	7	1					1
1983									
1984					1			1	
1985				1	3	1		1	
1986	2	1			1	1	1	1	1
1987									
1988			1					1	
1989						1			
1990	2			4			1		
1991		1		2			1		
1992		1		1					
1993					1	1	4	1	
1994		1				3			
1995						1			
1996									
1997					1			1	
1998									
1999									
2000									
2001									
2002									1
2003			1						
SUMME	4	7	9	9	9	8	8	8	3

Zwischen 1977 und 2003 wurde bei jeweils neun Salzburger, oberösterreichischen und niederösterreichischen Gesetzen die Zustimmung zur Kundmachung

verweigert. Während in Tirol, Vorarlberg und der Steiermark acht Landesgesetze betroffen waren, waren es in Kärnten sieben, im Burgenland vier und in Wien nur drei Gesetze.

Dieses Ergebnis ähnelt durchaus der Einspruchspraxis und legt die Vermutung nahe, dass auch dieses Instrument für parteipolitische Zwecke eingesetzt wurde. Auffallend ist auch hier die Häufung der Zustimmungsverweigerungen um 1982, ähnlich wie bei der Einspruchspraxis der Bundesregierung und gleichsam korrespondierend zur hohen Zahl der Einsprüche des Bundesrates im Jahr 1983. Zumindest der Einsatz der rechtlichen Instrumentarien legt die Vermutung nahe, dass in den frühen 80er Jahren das Bund-Länder-Verhältnis durchaus konfliktträchtig war.

4.c. Das Verfahren nach § 9 F-VG

Eine intensiviertere Form der Mitwirkung der Bundesregierung an der Landesgesetzgebung sieht das F-VG auf dem Gebiet des Abgaben- und Kreditwesens vor⁴². § 9 F-VG erfasst Gesetzesbeschlüsse über Landes- und Gemeindeabgaben sowie auch Gesetzesbeschlüsse über die Aufnahme von Anleihen bzw Darlehen der Länder. Nach § 9 F-VG kommt der Bundesregierung ein Einspruchsrecht zu und der Landtag kann sich mittels Beharrungsbeschluss darüber hinweg setzen. Darüber hinaus hat die Bundesregierung die Möglichkeit, den Einspruch binnen drei Wochen zurückzuziehen; tut sie dies nicht, ist, auch für den Fall, dass sich der Landtag mittels Beharrungsbeschluss über den Einspruch hinweggesetzt hat, ein ständiger gemeinsamer Ausschuss zur Entscheidung berufen, ob der Einspruch aufrecht zu bleiben hat. In organisatorischer Hinsicht ist dieses Gremium ein Gesetzgebungsorgan des Bundes, funktionell wird es aber ausschließlich als Teilorgan der Landesgesetzgebung tätig. Die Mitglieder des Ausschusses werden je zur Hälfte von Nationalrat und Bundesrat gewählt und der Ausschuss entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit, wobei bei Stimmgleichheit der Einspruch aufrecht bleibt. Bleibt der Ausschuss hingegen mehr als sechs Wochen untätig, so kann der Gesetzgebungsbeschluss kundgemacht werden. Im Verhältnis zu Art 98 Abs 2 B-VG

42 Jabloner/Muzak, Kommentar zu Art 98 B-VG, Rn 17.

stellt § 9 F-VG eine *lex specialis* dar, die die Anwendbarkeit des Art 98 B-VG ausschließt⁴³.

Bisher entschied der gemeinsame Ausschuss des Nationalrates und des Bundesrates gemäß § 9 F-VG nur in einem einzigen Fall⁴⁴: Die Bundesregierung erhob Einspruch gegen das niederösterreichische Starkstromleitungsabgabengesetz 1994, wobei sie unter anderem begründend anführte, dass die Starkstromleitungsabgabe eine Energieverbrauchsabgabe darstellt, die gemäß § 7 FAG 1993 in die Kompetenz des Bundesgesetzgebers fällt und dass ein Verstoß gegen das Fernwärmeförderungsgesetz des Bundes vorliegt. In weiterer Folge fasste der niederösterreichische Landtag einen Beharrungsbeschluss und der gemeinsame Ausschuss nahm den Beschluss, dass der Einspruch der Bundesregierung aufrecht zu bleiben hat, an.

5. Der kooperative Bundesstaat

Der kooperative Föderalismus ist in Österreich weniger durch formale, verfassungsrechtliche Institutionen, als durch informale Kooperationsinstrumente und -verfahren gekennzeichnet: Zwar wurde eine erhebliche Anzahl an Verträgen nach Art 15a B-VG abgeschlossen, politisch bleibt aber die informale Kooperation unangefochten bedeutsamer für die föderative Entwicklung Österreichs⁴⁵. Im Folgenden werden zum einen die Art 15a B-VG Vereinbarungen untersucht, und zum anderen Kooperationsformen, welche nicht in der Bundes-Verfassung verankert sind: Das Finanzausgleichspaktum und das Paktum von Perchtoldsdorf als politische Vereinbarungen zwischen Bund und Länder sowie die Landeshauptmännerkonferenz als die höchstrangigste Länderkonferenz auf exekutiver Ebene und die Landtagspräsidentenkonferenz als die höchstrangigste Länderkonferenz auf legislativer Ebene⁴⁶.

43 VfSlg 13.971/1994; *Jabloner*, Mitwirkung der Bundesregierung, 256.

44 In vier Sonderfällen (Salzburger Umweltfondsgesetz 1992, Niederösterreichisches Abfallwirtschaftsgesetz 1992, Steiermärkisches Naturnutzungsabgabengesetz 1996, Niederösterreichisches Landschaftsabgabengesetz 1999) wurde der Ausschuss nicht befasst.

45 *Weber*, Macht im Schatten?, ÖZP 1992, 405 ff.

46 Siehe zu den weiteren, in dieser Untersuchung nicht berücksichtigten Formen der rechtlichen Zusammenarbeit: *Pernthaler*, Österreichisches Bundesstaatsrecht (2004), 436 ff.

5.a. Formelle Instrumente: Vereinbarungen nach Art 15a B-VG

Zum bereits klassischen Instrumentarium des kooperativen Bundesstaates zählen die Vereinbarungen gemäß Art 15a B-VG⁴⁷. Während die Österreichische Bundesverfassung von 1920 lediglich Vereinbarungen zwischen den Ländern in ihrem eigenen Wirkungsbereichen kannte, erlaubt der auf die B-VG-Novelle von 1974⁴⁸ zurückgehende Art 15a B-VG auch Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern. Verträge nach Art 15a B-VG ermöglichen eine rechtsverbindliche, aber freiwillige Koordination gleichberechtigter Partner. Auf Seiten des Bundes ist die Bundesregierung oder der zuständige Bundesminister abschlussberechtigt; hat der Vertrag jedoch einen gesetzesändernden oder -ergänzenden Inhalt, bedarf es der Genehmigung des Nationalrates unter Beteiligung des Bundesrates⁴⁹. Auf Seiten der Länder vertritt der Landeshauptmann das Land (Art 105 B-VG). Die Genehmigung wird landesverfassungsgesetzlich geregelt.

Anzahl der Art 15a B-VG-Vereinbarungen (1974 – 20.12.2004)

Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern bzw zwischen dem Bund und einzelnen Ländern	Vereinbarungen der Länder untereinander
75	36

Die mit der B-VG-Novelle von 1974 geschaffene Möglichkeit, Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern bzw einzelnen Ländern zu schließen, wurde wie ersichtlich häufig genutzt: Seit 1974 wurden insgesamt 75 Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern abgeschlossen⁵⁰. Die Länder praktizieren das Instrument aber auch untereinander häufig: In Summe

47 *Bußjäger*, Instrumente der Mitwirkung, 11.

48 BGBl Nr 444/1974.

49 Die Genehmigung erfolgt mit einfacher Mehrheit; bei verfassungsändernden oder -ergänzenden Verträgen bedarf es der für Bundesverfassungsgesetze erforderlichen Mehrheit.

50 Siehe dazu die Auflistung in Anhang 1. Darin sind auch jene drei Vereinbarungen, die zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgeschlossen wurden (zB jene über den Konsultationsmechanismus oder den Österreichischen Stabilitätspakt), enthalten. Siehe dazu 23. Bericht über die Lage des Föderalismus in Österreich (1998), 1999, 138 f.

wurden seit 1974 36 Ländervereinbarungen geschlossen. Obwohl diese Zahlen belegen, dass sich die Art 15a B-VG Vereinbarungen durchaus bewährt haben, ist das Verfahren in der Praxis schwerfällig⁵¹: Sollen die Landtage bzw die Bundesgesetzgebung an den Vertrag gebunden werden, ist die Genehmigung des betroffenen Parlaments erforderlich, und da die Vertragsparteien als Völkerrechtssubjekte behandelt werden, ist auf die Vereinbarung Völkerrecht anzuwenden. Nach der Judikatur des VfGH⁵² sind diese Verträge auch nicht self-executing: Da lediglich die beteiligten Gebietskörperschaften verpflichtet werden, müssen Art 15a B-VG Vereinbarungen mittels Gesetz oder Verordnung erfüllt werden.

5.b. Informelle Instrumente: Politische Vereinbarungen

Eine Form von informeller Kooperation stellen die zwischen dem Bund und den Ländern oder zwischen den Ländern untereinander abgeschlossenen politischen Vereinbarungen dar. Diese Vereinbarungen sind als politische Absichtserklärungen rechtlich unverbindlich, wobei das Finanzausgleichspaktum, wie nachfolgend ersichtlich, einen besonderen Stellenwert erlangt hat.

5.b.a. Das Paktum von Perchtoldsdorf

Da die Zuständigkeiten der Länder vom Beitritt Österreichs zur Europäischen Union besonders betroffen waren, wurde ab 1990 gefordert, dass vor dem Beitritt die Rechte der Länder gestärkt werden⁵³. Die Landeshauptmännerkonferenz forderte vom Bund die Aufnahme von Verhandlungen zur Vereinbarung eines politischen Paktums, welches die Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern fixieren sollte. Das rechtlich unverbindliche Paktum sollte gemeinsam mit der Vorbereitung des Beitritts umgesetzt werden. Am 8. Oktober 1992 wurde das politische Paktum von Bundeskanzler *Vranitzky* und dem damaligen Vorsitzenden der Landeshauptmännerkonferenz

51 *Bußjäger*, Instrumente der Mitwirkung, 11.

52 VfSlg 9581/1982; 9886/1983.

53 Siehe dazu *Öhlinger*, Das Scheitern der Bundesstaatsreform, ÖJP 1994, 546; *Schausberger*, Föderalismus und Länderrechte – Ein Problem im Zuge eines österreichischen EG-Beitritts?, ÖJP 1991, 360.

Ludwig in Perchtoldsdorf unterzeichnet⁵⁴. Im weiteren Verlauf des Reformprozesses wurde der politische Gehalt des Paktums allerdings immer mehr verdünnt und schließlich im zähen Verhandlungsprozess der Länder untereinander und der Länder mit dem Bund restlos aufgebraucht⁵⁵. Seinen Höhepunkt - aber auch sein abruptes Ende – erreichte der Reformprozess im Jahre 1994, wobei das Paktum von Perchtoldsdorf vom Oktober 1992 nicht in die Realität umgesetzt wurde⁵⁶.

5.b.b. Das Finanzausgleichspaktum

Gemäß § 6 F-VG nimmt der einfache Bundesgesetzgeber die Kompetenzverteilung im Finanzwesen vor und ist damit Finanzausgleichsgesetzgeber. Seit 1948 liegt jedoch jedem Finanzausgleich eine politische Vereinbarung der Gebietskörperschaften⁵⁷, das so genannte Finanzausgleichspaktum, das weder in der Bundesverfassung noch in einer Vereinbarung nach Art 15a B-VG verankert ist, zugrunde. Einer teilweisen Verankerung des Finanzausgleichspaktums im Verfassungsrecht kommen jedoch die vom VfGH aus dem Prinzip der Finanzausgleichsgerechtigkeit⁵⁸ entwickelten verfassungsrechtlichen Verfahrensgrundsätze für den Finanzausgleich gleich: Aus den stattfindenden Verhandlungen der Gebietskörperschaften und dem daran anschließenden Abschluss des Finanzausgleichspaktums leitet der Verfassungsgerichtshof in ständiger Rechtsprechung ab, dass die Bestimmungen des Finanzausgleichs sachgerecht im Sinne des § 4 F-VG sind. Verweigert eine Gebietskörperschaft ihre Zustimmung zum Finanzausgleichspaktum, hat dies zwar nicht zur Folge,

54 Zum Text des Paktums siehe Materialien zur Bundesstaatsreform, in: Institut für Föderalismus (Hrsg), Föderalismusdokumente 1, 1998, 1 ff. Siehe zu den zentralen Punkten der Vereinbarung: *Bußjäger*, Ist der Bundesstaat noch reformierbar?, JRP 1996, 10.

55 *Pernthaler/Schernthanner*, Bundesstaatsreform 1994, ÖJP, 1994, 561.

56 Siehe zu den tatsächlich beschlossenen Bundesverfassungsgesetzen im Jahr 1994: *Pernthaler/Schernthanner*, Bundesstaatsreform, 575. Siehe zum Niedergang der Bundesstaatsreform auch *Bußjäger*, Ist der Bundesstaat noch reformierbar?, 8 ff.

57 Bund, Länder, Österreichischer Gemeindebund und Österreichischer Städtebund.

58 Nach § 4 F-VG ist die Kompetenzhoheit des einfachen Bundesgesetzgebers nach dem Prinzip der Finanzausgleichsgerechtigkeit auszuüben: Die Verteilung der Zuständigkeit hat in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung zu erfolgen und darauf Bedacht zu nehmen, dass die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaft nicht überschritten werden.

dass der Finanzausgleich verfassungswidrig ist, die Sachgerechtigkeit wird jedoch in einem solchen Fall vom VfGH sehr streng geprüft⁵⁹.

Der bis Ende 2004 gültige Finanzausgleich aus dem Jahre 2001 umfasst folgende paktierte Regelungen: Das Finanzausgleichsgesetz 2001 (BGBl I Nr 3/2001⁶⁰), das Zweckzuschussgesetz 2001, die Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung (BGBl I Nr 60/2002) sowie den Österreichischen Stabilitätspakt 2001 (BGBl I Nr 39/2002).

5.c. Informelle Instrumente: Die Landeshauptmännerkonferenz

Auch die Landeshauptmännerkonferenz stellt eine informelle und damit in rechtlicher Hinsicht nicht institutionalisierte Form der Ländermitwirkung dar: Sie hat sich aus bestimmten historisch bedingten Konstellationen entwickelt und ist seit den 70er Jahren etabliert⁶¹. Obwohl eine Vielzahl von Rechtsvorschriften⁶² die Einrichtung der Landeshauptmännerkonferenz als Faktum anerkennen bzw. voraussetzen, fehlt in der Rechtsordnung eine Bestimmung, die diese Konferenz institutionalisiert.

Die Landeshauptmännerkonferenz besteht aus den Landeshauptmännern der neun Länder, wobei an den Konferenzen regelmäßig auch die Landesamtsdirektoren der Länder, der Leiter der Verbindungsstelle der Bundesländer sowie als Gäste die für die Beziehung zu den Ländern zuständigen Staatssekretäre oder Kanzleramtsminister und der Leiter des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramts, teilnehmen⁶³. Da die in der Regel halbjährlich stattfindenden

59 Siehe dazu *Pernthaler*, Bundesstaatsrecht, 401.

60 Bisher wurden 13 Finanzausgleichsgesetze beschlossen.

61 Siehe zur geschichtlichen Entwicklung: *Bußjäger*, Instrumente der Mitwirkung, 13; *Weber*, Macht im Schatten?, 406 ff.

62 Siehe zu den konkreten Rechtsvorschriften *Rosner*, Koordinationsinstrumente der österreichischen Länder (1999), 15 ff.

63 Fallweise nehmen auch der Bundeskanzler (es ist ungeschriebener Brauch den Bundeskanzler nach Neubildung einer Bundesregierung im Anschluss an Nationalratswahlen zur nächsten Tagung einzuladen) oder die Bundesminister an der Sitzung teil (siehe dazu ausführlich *Rosner*, Koordinationsinstrumente, 22). Außerdem werden zur Behandlung bestimmter Sachfragen (zB Krankenanstaltenfinanzierung) zuweilen paritätisch besetzte Unterausschüsse eingesetzt oder auch mit Bundesorganen besetzte Verhandlungskomitees gebildet.

Beratungen⁶⁴ der Landeshauptmännerkonferenzen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt finden, ihre Beschlüsse keine Bindungswirkung haben und ihre Protokolle und Entscheidungen überdies nicht publiziert werden, spricht *Weber*⁶⁵ von der „Macht im Schatten“.

Während die für Beschlüsse der Landeshauptmännerkonferenz notwendige Einhelligkeit einerseits die tatsächliche Effektivität dieser Beschlüsse gewährleistet, macht dies andererseits aber auch deutlich, dass diese Konferenz in besonderem Maße auf Kompromisslösungen ausgerichtet ist: Es existieren auch eine Reihe von Positionen, die von der Landeshauptmännerkonferenz eingenommen wurden, sich letztlich aber als nicht durchsetzungsfähig erwiesen haben⁶⁶.

Die Anzahl der zwischen 1997 und September 2004 stattgefundenen
Tagungen der Landeshauptmännerkonferenz

Datum	Vorsitz
23./24. September 1997	O
10. März 1998 (ao)	S
20. Mai 1998	S
26. November 1998	St
14. April 1999	T
29. Oktober 1999	V
17. Mai 2000	W
30. August 2000 (ao) ⁶⁷	B
16. Oktober 2000 (ao) ⁶⁸	B
17. Februar 2001 (ao) ⁶⁹	K
6. April 2001	K
18. Juni 2001 (ao) ⁷⁰	K

64 Neben einer mindestens einmal halbjährlich stattfindenden ordentlichen Sitzung finden zuweilen außerordentliche Sitzungen zu speziellen, nicht bis zur nächsten Sitzung aufschiebenden Themen, statt. Die Tätigkeit der Landeshauptmännerkonferenz beschränkt sich jedoch nicht auf diese Sitzungen: Beschlüsse können auch außerhalb von Sitzungen entstehen, und zwar als so genannte „Umlaufbeschlüsse“ (siehe dazu *Rosner*, Koordinationsinstrumente, 27).

65 *Weber*, Macht im Schatten?, 406.

66 Siehe dazu *Bußjäger*, Instrumente der Mitwirkung, 15 ff.

67 Gemeinsam mit der Landesfinanzreferentenkonferenz.

68 Gemeinsam mit der Landesfinanzreferentenkonferenz.

69 Gemeinsam mit der Landesfinanzreferentenkonferenz.

70 Gemeinsam mit der Landesfinanzreferentenkonferenz.

29. Juni 2001 (ao) ⁷¹	K
7. September 2001 (ao)	N
23. Oktober 2001	N
6. März 2002	O
12. Juni 2002	O
19. August 2002 (ao)	S
16. Oktober 2002	S
30. April 2003	St
1. Dezember 2003	T
11. Mai 2004	V
20. September 2004	W

Insgesamt fanden damit seit 1997 22 Landeshauptmännerkonferenzen statt. Wie ersichtlich, finden nicht selten zu den zweimal jährlich stattfindenden ordentlichen Sitzungen, auch außerordentliche Tagungen statt.

5.d. Die Landtagspräsidentenkonferenz

Ebenso wie die Landeshauptmänner treffen sich auch die ersten Landtagspräsidenten der neun Länder periodisch ohne rechtliche Grundlage zu gemeinsamen Beratungen⁷². Wie die Landeshauptmännerkonferenz tritt auch die Landtagspräsidentenkonferenz mindestens einmal pro Halbjahr zusammen und auch sie entscheidet einhellig. Das politische Gewicht der Landtagspräsidentenkonferenz ist gegenüber den Landeshauptmännern deutlich reduziert, was auch mit der Vorrangstellung der Exekutive im modernen Staat, aber auch mit der besonders prominenten Rolle der Landeshauptmänner im österreichischen politischen System zusammenhängt.

71 Gemeinsam mit der Landesfinanzreferentenkonferenz und der Landesagrarreferentenkonferenz.

72 Ständige Vorkonferenz der Landtagspräsidentenkonferenz ist die Landtagsdirektorenkonferenz. Die gemeinsame Landtagspräsidentenkonferenz der deutschen und der österreichischen Länder sowie von Südtirol behandelt staatenübergreifende Themen.

Die zwischen 1997 und Oktober 2004 stattgefundenen
Tagungen der Landtagspräsidentenkonferenz

Datum	Vorsitz
17. Oktober 1997	B
2. April 1998	S
15. Oktober 1998	O
10. Mai 1999	V
18. Oktober 1999	N
25. April 2000	St
17. Oktober 2000	T
3. Mai 2001	W
19. November 2001	K
27. Mai 2002	B
21. Oktober 2002	S
7. Februar 2003 (ao)	O
11. Juni 2003	O
17. Oktober 2003	V
6. Mai 2004	N
8. Oktober 2004	St

Seit 1997 fanden insgesamt 15 Landtagspräsidentenkonferenzen statt, wobei auffällt, dass nur im Jahr 2003 eine außerordentliche Sitzung stattfand.

6. Die Mitwirkung der Länder an der Willensbildung der Europäischen Union

Wie bereits erwähnt, erfuhren sowohl der Bund als auch die Länder im Zuge des Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft Beschränkungen ihrer Zuständigkeiten, wobei der bevorstehenden Reduzierung der Länderkompetenzen noch vor dem Beitritt mit Hilfe der Beteiligung der Länder an der gesamtstaatlichen Willensbildung entgegen gewirkt wurde. Im Folgenden sollen die einheitlichen Länderstellungen untersucht und ein Vergleich mit den Stellungen des Nationalrates und des Bundesrates vorgenommen werden. Außerdem wird auf die Umsetzung von Gemeinschaftsrecht durch die Länder Bezug genommen.

6.a. Die einheitlichen Länderstellungen

Rechtstechnisch wurde das „Länderbeteiligungsverfahren“⁷³ durch ein komplexes System, bestehend aus einer B-VG-Novelle⁷⁴, einer Bund-Länder-Vereinbarung⁷⁵ und einer Länder-Länder-Vereinbarung, geregelt⁷⁶. Nach Art 23d B-VG hat der Bund sowohl die Länder als auch die Gemeinden über alle Vorhaben der Europäischen Union, die deren selbständigen bzw eigenen Wirkungsbereich oder sonst für sie wichtige Interessen berühren, unverzüglich zu informieren und ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Betrifft ein Vorhaben Angelegenheiten der Gesetzgebung der Länder, ist eine einheitliche Stellungnahme für den Bund verbindlich: Er darf in einem solchen Fall nur aus zwingenden außen- und integrationspolitischen Gründen abweichen.

Durch eine Art 15a B-VG Vereinbarung wurde die Integrationskonferenz der Länder (*IKL*), bestehend aus den Landeshauptleuten und den Landtagspräsidenten, eingerichtet⁷⁷. Die praktische Bedeutung dieser Konferenz ist jedoch gering: Bisher fanden lediglich zwei Sitzungen statt. 1992 wurde die Deklaration „Österreich und die Europäische Gemeinschaft“ und im Jahr 1997 eine „Länderposition zur Agenda 2000“ beschlossen⁷⁸. Tatsächlich erfolgt die Koordination der Länder in Angelegenheiten der europäischen Integration hauptsächlich über die Exekutiven, insbesondere aber über die Landshauptmännerkonferenz.

73 Siehe dazu etwa *Pernthaler*, Das Länderbeteiligungsverfahren an der europäischen Integration (1992); *Schäffer*, Die Länder-Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Integration, in: Hengstschläger ua (Hrsg), Festschrift für Schambeck – Für Staat und Recht (1994), 1003 ff.

74 B-VG-Novelle 1992 (BGBl 1992/276).

75 BGBl 1992/775.

76 *Pernthaler/Schernthanner*, Bundesstaatsreform 1994, 560.

77 Nur die Landeshauptmänner sind stimmberechtigt: Mit fünf Stimmen und keiner Gegenstimme kann die ILK Beschlüsse fassen.

78 Siehe dazu Rosner, Die Mitgestaltung der Länder in Angelegenheiten der europäischen Integration, *Verwaltung Heute* (31/2000), 14.

Anzahl der einheitlichen Länderstellungen zwischen 1993 und 2003

Jahr	Anzahl der einheitlichen Länderstellungen	Jahr	Anzahl der einheitlichen Länderstellungen
1993	3	1999	5
1994	2	2000	4
1995	8	2001	4
1996	8	2002	4
1997	1	2003	7
1998	6	2004	7
		Gesamt	59

Zwischen 1993 und 2004 wurden somit insgesamt 59 einheitliche Länderstellungen⁷⁹ erstattet. Eine gewisse Häufung erfolgte im Beitrittsjahr 1995 sowie im darauf folgenden Jahr.

6.b. Die einheitlichen Stellungnahmen des Nationalrates und des Bundesrates

Zum Vergleich sollen an dieser Stelle auch die verbindlichen Stellungnahmen des Nationalrates und des Bundesrates nach Art 23e B-VG dargestellt werden: Gemäß Art 23e B-VG hat das zuständige Mitglied der Bundesregierung sowohl den Nationalrat als auch den Bundesrat unverzüglich über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union zu unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Im Gegensatz zu Art 23d B-VG umfasst sowohl die Informationspflicht als auch die Möglichkeit des Bundesrates und des Nationalrates, zu Verfahren Stellung zu nehmen, alle Vorhaben im Rahmen der EU.

Verbindlich ist eine Stellungnahme des Nationalrates jedoch nur, als sie Vorhaben der Europäischen Union betrifft, die entweder durch Bundesgesetz umzusetzen oder auf die Erlassung eines unmittelbar anwendbaren Rechtsaktes gerichtet sind, der Angelegenheiten betrifft, die bundesgesetzlich zu regeln wären. Ist das EU-Vorhaben zwingend durch ein Bundesverfassungsgesetz umzusetzen, das der Zustimmung des Bundesrates nach Art 44 Abs 2 B-VG bedarf, ist auch die Stellungnahme des Bundesrates bindend.

⁷⁹ Siehe dazu die Auflistung in Anhang 2.

Während vom Bundesrat lediglich am 10.12.1996 eine Stellungnahme betreffend EUROPOL abgegeben wurde, nahm der Nationalrat insgesamt 18 Mal zu einem EU-Vorhaben Stellung⁸⁰.

Anzahl der Stellungnahmen des Nationalrates zu EU-Vorhaben
gemäß Art 23e B-VG (1995 – 2004)

Jahr	Anzahl der Stellungnahmen	Jahr	Anzahl der Stellungnahmen
1995	0	2000	2
1996	7	2001	2
1997	4	2002	0
1998	1	2003	1
1999	1	2004	0
		Gesamt	18

6.c. Zur Umsetzung von Gemeinschaftsrecht durch die Länder

Nach Art 23d Abs 5 B-VG sind die Länder verpflichtet, alle Maßnahmen, die in ihrem Wirkungsbereich zur Durchführung von Gemeinschaftsrecht erforderlich sind, rechtzeitig zu treffen. Ist ein Land bei der Durchführung säumig, geht die Zuständigkeit, sofern die Säumigkeit von einem Gericht im Rahmen der Europäischen Union festgestellt wurde, vorübergehend auf den Bund über: Die vom Bund gesetzte Maßnahme tritt, sobald das Land die erforderliche Maßnahme gesetzt hat, außer Kraft.

Mit Stand vom 25.5.2004 sind in Österreich von 1531 Richtlinien 27 nicht umgesetzt, wovon zehn auch in die Zuständigkeit der Länder fallen. Keine nicht umgesetzte Richtlinie fiel in die ausschließliche Zuständigkeit der Länder. Österreich lag damit im Scoreboard Ranking mit 1,7% Defizit an sechster Stelle der EU-Mitgliedstaaten.

⁸⁰ Siehe dazu die Auflistung in Anhang 3.

Anhang 1

Vereinbarungen gemäß Art 15a B-VG (Stand: 30.06.2004)

I. Vereinbarungen der Länder mit dem Bund (Art 15a Abs 1 B-VG)

(Anm: Das angegebene Datum ist das jeweilige Unterzeichnungsdatum, sofern nicht auch das Datum des Inkrafttretens angegeben ist)

1. Bund – alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die **Krankenanstaltenfinanzierung und die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds**
(ohne Unterzeichnungsdatum; BGBl 1978/453; in Kraft getreten am 22. September 1978)
2. Bund – Wien: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über **Vorhaben in der Bundeshauptstadt Wien, an welchen der Bund und das Land Wien interessiert sind**
(9. Mai 1979; BGBl 1980/18; Wiener LGBl 1979/21)
3. Bund – Kärnten: Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Kärnten über **gemeinsame Maßnahmen zur Sicherung eines ausgewogenen Verhältnisses von Wald und Wild**
(9. August 1979; BGBl 1980/444; Kärntner LGBl 1980/83)
4. Bund – Kärnten: Vereinbarung über **Vorhaben im Land Kärnten, an welchen der Bund und das Land Kärnten interessiert sind**
(11. September 1979; BGBl 1980/38; Kärntner LGBl 1979/82)
5. Bund – alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die **Einsparung von Energie**
(ohne Unterzeichnungsdatum; BGBl 1980/351; in Kraft getreten am 15. August 1980;)
6. Bund – alle Länder: Vereinbarung über den **höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl**
(18. November 1982; BGBl 1983/292)
Änderung: Vereinbarung vom 3. Juni 1986; BGBl 1987/83 siehe Punkt 20
7. Bund – Niederösterreich: Vereinbarung zwischen dem **Bund und dem Land Niederösterreich zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im Lande sowie zur Sicherung von Dauerarbeitsplätzen**
(19. Oktober 1982; BGBl 1983/113; im NÖ LGBl nicht kundgemacht)
8. Bund – alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die **Krankenanstaltenfinanzierung und die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds**
(18. November 1982; BGBl 1983/118; in Kraft getreten am 1. Jänner 1983)
9. Bund – Kärnten: Zweite Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über **Vorhaben im Land Kärnten, an welchen der Bund und das Land Kärnten interessiert sind**
(14. März 1983; BGBl 1983/604; Kärntner LGBl 1983/20)

10. Bund – Oberösterreich: Vereinbarung zwischen dem **Bund und dem Land Oberösterreich über gemeinsame Regionalförderungen**
(19. Dezember 1983; BGBl 1984/147; Oö LGBl 1984/27)
11. Bund – Salzburg: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund und dem Land Salzburg über den Modellversuch eines gemeinsamen Rettungsdienstes**
(22. September 1983; BGBl 1984/21; Sbg LGBl 1984/2)
12. Bund – alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG, mit der die **Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl** geändert wird
(8. Juni 1984; BGBl 1985/48)
13. Bund – alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die **Krankenanstaltenfinanzierung und die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds**
(11. Dezember 1984; BGBl 1985/214)
14. Bund – Kärnten: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund und dem Land Kärnten über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst**
(18. Mai 1984; BGBl 1984/273; Kärntner LGBl 1984/36)
15. Bund – Steiermark: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund und dem Land Steiermark über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst**
(3. Mai 1985; BGBl 1985/301; Stmk LGBl 1986/9)
16. Bund – alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die **Zusammenarbeit im Bereich der Statistik**
(27. August 1985; BGBl 1985/408)
17. Bund – Niederösterreich: Syndikatsvertrag zwischen der Republik Österreich (**Bund**), vertreten durch den Bundesminister für Bauten und Technik, und dem **Land Niederösterreich** betreffend die **Errichtung und den Betrieb eines Marchfeldkanalsystems**
(19. September 1985; BGBl 1985/508; NÖ LGBl 6960-0)
18. Bund – Vorarlberg: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund und dem Land Vorarlberg über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst**
(30. April 1986; BGBl 1986/428; Vbg LGBl 1986/24)
19. Bund – Tirol: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund und dem Land Tirol über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst**
(24. Juni 1986; BGBl 1987/26; Tiroler LGBl 1986/41)
20. Bund – alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG, mit der die **Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl** geändert wird
(3. Juni 1986; BGBl 1987/63)

21. Bund – Salzburg: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund und dem Land Salzburg über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst**
(15. Dezember 1986; BGBl 1987/191; Sbg LGBl 1987/32)
22. Bund – alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die **Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt** samt Anlagen
(7. April 1987; BGBl 1987/443)
23. Bund – alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Aufteilung und Verwendung der nach § 4 Z 2 des Katastrophenfondsgesetzes 1986, BGBl 396, zur Verfügung stehenden Mittel für ein **Warn- und Alarmsystem** sowie die Einräumung wechselseitiger Benützungsrechte an den Anlagen dieses Systems samt Anlagen
(4. Juni 1987; BGBl 1988/87; zB Tiroler LGBl 1988/9)
24. Bund – Oberösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund und dem Land Oberösterreich über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst**
(22. September 1987; BGBl 1987/626; Oö LGBl 1987/84)
25. Bund – Salzburg: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund und dem Land Salzburg über die berufliche Bildung von Zeitsoldaten**
(27. November 1987; BGBl 1988/49; wurde im Salzburger LGBl nicht kundgemacht)
26. Bund – Niederösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund und dem Land Niederösterreich über die berufliche Bildung von Zeitsoldaten**
(25. April 1988; BGBl 1988/248; NÖ LGBl 0806-0)
27. Bund – alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die **Krankenanstaltenfinanzierung und die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds** für die Jahre 1988 bis einschließlich 1990
(12. April 1988; BGBl 1988/619; zB Tiroler LGBl 1988/33)
28. Bund – Niederösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über **Vorhaben, deren Verwirklichung für die Vertragsparteien von besonderem Interesse ist** (2. April 1988; BGBl 1989/156; NÖ LGBl 0802-0)
29. Bund – alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder beim **Personalaufwand für Lehrer** an allgemeinbildenden Pflichtschulen, bei der **Förderung des Wohnbaus und der Wohnhaussanierung** sowie bei der **Dotierung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds**
(29. November 1988; BGBl 1989/390; zB Wiener LGBl 1989/14)
30. Bund – alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG, mit der die **Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl** geändert wird
(Dezember 1988; BGBl 1989/369)

31. Bund – Wien: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund und dem Land Wien über einen gemeinsamen Hubschrauberdienst** (13. Oktober 1989; BGBl 1990/106; im Wiener LGBl nicht kundgemacht)
32. Bund – Niederösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund und dem Land Niederösterreich**, mit der der Syndikatsvertrag zwischen der **Republik Österreich** (Bund) und dem **Land Niederösterreich** betreffend die **Errichtung und den Betrieb eines Marchfeldkanalsystems** geändert und ergänzt wird (12. April 1990; BGBl 1990/494; NÖ LGBl 6906-1)
33. Bund – Niederösterreich, Wien: Vereinbarung zwischen dem **Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien** zur **Vorbereitung und Schaffung eines Auen-Nationalparks** (19. Juni 1990; BGBl 1990/441; Wiener LGBl 1991/1; im NÖ LGBl nicht kundgemacht)
34. Bund – Steiermark: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem **Land Steiermark** über **Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Flugplätze** Graz-Thalerhof und Zeltweg (31. Mai 1990; BGBl 1990/524; im Stmk LGBl nicht kundgemacht)
35. Bund – Kärnten und Salzburg: Vereinbarung zwischen dem **Bund** und den Ländern **Kärnten** und **Salzburg** über den **Nationalpark Hohe Tauern** (22. Juli 1990; BGBl 1990/568; Sbg LGBl 1990/87; Kärntner LGBl 1990/57)
36. Bund – Niederösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem **Land Niederösterreich** über die **bezirksgerichtliche Organisation** im Land Niederösterreich samt Anlagen (12. November 1991; BGBl 1991/585; NÖ LGBl 0808-0)
37. Bund – Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die **Mitwirkungsrechte der Länder und Gemeinden in Angelegenheiten der europäischen Integration** (12. März 1992; BGBl 1992/775; in Kraft getreten am 26. Dezember 1992)
38. Bund – Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die **Krankenanstaltenfinanzierung** für die Jahre 1991 bis einschließlich 1994 (6. Dezember 1991; BGBl 1992/863)
39. Bund – Länder: Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art 15a B-VG über **zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken** (8. Oktober 1992; BGBl 1993/260; in Kraft getreten am 17. April 1993)
40. Bund – Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über **gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen** (6. Mai 1993, BGBl 1993/866; in Kraft getreten am 1. Jänner 1994)

41. Bund – Steiermark: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem Land **Steiermark**, mit der die Vereinbarung über **Lärm-schutzmaßnahmen** im Bereich der **Flugplätze Graz-Thalerhof und Zeltweg** geändert wird
(11. Mai 1993; BGBl 1993/632; in Kraft getreten am 30. September 1993; im Stmk LGBl nicht kundgemacht)
42. Bund – alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG, mit der die **Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt** im Heizöl geändert wird
(6. Mai 1993; BGBl 1994/133; in Kraft getreten am 4. Feber 1994)
43. Bund – Kärnten, Salzburg und Tirol: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die **Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Schutzes und der Förderung des Nationalparks Hohe Tauern**
(3. März 1994; BGBl 1994/570, Tiroler LGBl 1994/71, Kärntner LGBl 1994/78, Sbg LGBl 1994/95, in Kraft getreten mit 10. August 1994)
44. Bund – Burgenland: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zur **Errichtung und Erhaltung eines Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel**
(10. September 1993; die Vereinbarung wurde aus Gründen des Datenschutzes (Pachtverträge im Anhang 4 der Vereinbarung) nicht kundgemacht)
45. Bund – Niederösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die **Errichtung und den Betrieb des Universitätszentrums für Weiterbildung (Donau-Universität Krems)** samt Anlage
(26. Jänner 1994; BGBl 1994/501; NÖ LGBl 0811-0; in Kraft getreten mit 21. Mai 1994)
46. Bund – Länder: Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art 15a B-VG über die **Einsparung von Energie**
(4. November 1994; BGBl 1995/388; in Kraft getreten mit 15. Juni 1995)
47. Bund – Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über eine **Änderung der Vereinbarung** gemäß Art 15a B-VG über die **Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1994**
(BGBl 1996/20; in Kraft getreten mit 1. Jänner 1991)

Anm: am 28. Jänner 1995 erfolgte eine Einigung über die Verlängerung des Geltungszeitraumes bis 31. Dezember 1995. Am 6. Dezember 1995 einigten sich die Vertragspartner über eine weitere Verlängerung bis 31. Dezember 1996, BGBl 1996/639. Die Bezeichnungen der Vereinbarung lautet: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1996.
48. Bund – Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über eine **Änderung der Vereinbarung** gemäß Art 15a B-VG über die **Krankenanstaltenfinanzierung** für die Jahre 1991 bis einschließlich 1995
(5. Mai 1995; BGBl 1996/639; in Kraft getreten mit 1. Jänner 1991)

49. Bund – Länder: Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art 15a B-VG über die **Reform des Gesundheitswesens** und der **Krankenanstellenfinanzierung** für die Jahre 1997 bis 2000
(23. Oktober 1996 – Unterzeichnung durch den Bund; BGBl I Nr 111/1997)
50. Bund – Niederösterreich, Wien: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und den Ländern **Niederösterreich** und **Wien** zur **Errichtung** und **Erhaltung eines Nationalparks Donau-Auen**
(27. Oktober 1996 in Hainburg; BGBl I Nr 17/1997; Wiener LGBl 1997/7, NÖ LGBl 5506-0; in Kraft getreten mit 2. Feber 1997)
51. Bund – Oberösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem Land **Oberösterreich** zur **Errichtung** und **Erhaltung eines Nationalparks Oberösterreichische Kalkalpen**
(10. Jänner 1997; Oö LGBl 1997/49; BGBl I Nr 51/1997; in Kraft getreten mit 10. Mai 1997)
52. Bund – Niederösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem Land **Niederösterreich** zur **Errichtung** und **Erhaltung eines Nationalparks Thayatal** samt Anlage
(26. Oktober 1997; BGBl I Nr 58/1998; NÖ LGBl 5507-0; in Kraft getreten mit 12. April 1998)
53. Bund – Länder – Gemeinden: Vereinbarung zwischen dem **Bund**, den **Ländern** und den **Gemeinden** über einen **Konsultationsmechanismus** und einen künftigen **Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften**
(19./20. Mai 1998; BGBl I Nr 35/1999; in Kraft getreten mit 15. Jänner 1999)
54. Bund – Burgenland: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem Land **Burgenland** zur **Erhaltung** und **Weiterentwicklung des Nationalparks Neusiedler-See-Seewinkel** samt Anlagen
(7. September 1998; BGBl I Nr 75/1999; Bgld LGBl 1999/31; in Kraft getreten mit 10. Mai 1999 – vgl Vereinbarung unter Punkt 44.)
55. Bund – Länder – Gemeinden: Vereinbarung zwischen dem **Bund**, den **Ländern** und den **Gemeinden** betreffend die **Koordination der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden (Österreichischer Stabilitätspakt)**
(10. November 1998; BGBl I Nr 101/1999; in Kraft getreten mit 5. Juni 1999)
56. Bund – Länder – Gemeinden: Vereinbarung zwischen dem **Bund**, den **Ländern** und den **Gemeinden** über einen **Konsultationsmechanismus** und einen künftigen **Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften**
(10. März 1998 bzw 20. Mai 1998; BGBl I Nr 35/1999; in Kraft getreten am 14. Jänner 1999)
57. Bund – Burgenland: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem Land **Burgenland** zur **Erhaltung** und **Weiterentwicklung des Nationalparks Neusiedler See-Seewinkel samt Anlagen**
(7. September 1998; BGBl I Nr 75/1999; Bgld LGBl 1999/31; in Kraft getreten am 16. Mai 1999)

58. Bund – Kärnten: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem **Land Kärnten** zur **Sicherstellung der Patientenrechte – Patientencharta**
(kein Abschlussdatum; BGBl I Nr 195/1999; Kärntner LGBl 1999/49; in Kraft getreten am 1. September 1999)
59. Bund – Länder: Vereinbarung über die **Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung samt Anlage**
(24. November 2000; BGBl I Nr 60/2002; in Kraft getreten am 1. Jänner 2001)
60. Bund – Burgenland: Vereinbarung zwischen dem **Bund** und dem **Land Burgenland** betreffend die **Sicherstellung der Patientenrechte – Patientencharta**
(30. Jänner 2001; BGBl I Nr 89/2001, Bgld LGBl 2002/21; in Kraft getreten am 1. Juli 2001)
61. Bund – Oberösterreich: Vereinbarung zwischen dem **Bund** dem **Land Oberösterreich** betreffend die **Sicherstellung der Patientenrechte – Patientencharta**
(4. Dezember 2000; BGBl I Nr 116/2001, Oö LGBl 2001/89; in Kraft getreten am 1. September 2001)
62. Bund – Länder – Gemeinden: Vereinbarung zwischen **Bund**, den **Ländern** und den **Gemeinden** über eine Verstärkung stabilitätsorientierten Budgetpolitik – **Österreichischer Stabilitätspakt 2001**
(Juni 2001; BGBl I Nr 39/2002; Oö LGBl 2001/168, Tiroler LGBl 2001/137, Wiener LGBl 2001/137; in Kraft getreten am 1. Jänner 2001 bzw für das Land Steiermark am 1. Jänner 2002)
63. Bund – Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und den **Ländern** über **Regelungen zur partnerschaftlichen Durchführung der Regionalprogramme im Rahmen der EU-Strukturfonds in der Periode 2000-2006**
(6. April 2001; BGBl I Nr 147/2001; in Kraft getreten am 7. Dezember 2001)
64. Bund – Oberösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem **Land Oberösterreich** zur **Sicherstellung der Patientenrechte – Patientencharta**
(4. Dezember 2000; BGBl I Nr 116/2001, Oö LGBl 2001/89; in Kraft getreten am 1. September 2001)
65. Bund – Burgenland: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem **Land Burgenland** zur **Sicherstellung der Patientenrechte – Patientencharta**
(30. Jänner 2001; BGBl I Nr 89/2001, Bgld LGBl 2001/21; in Kraft getreten am 1. Juli 2001)
66. Bund – Niederösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem **Land Niederösterreich** zur **Sicherstellung der Patientenrechte – Patientencharta**
(14. September; BGBl I Nr 36/2002, NÖ LGBl 0820-0; in Kraft getreten am 1. Februar 2002)

67. Bund – Länder: Vereinbarung zwischen dem **Bund** und den **Ländern** über die **Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung**
(24. November 2000; BGBl I Nr 60/2002; LGBl: Bgld 2002/42, Krnt 2002/20, NÖ 0813-0, OÖ 2002/37, Sbg 2002/49, Stmk 2002/54, Tirol 2002/38, Vbg 2002/61, Wien 2001/76; in Kraft getreten am 2. Jänner 2001)
68. Bund – Steiermark: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem **Land Steiermark** zur **Sicherstellung der Patientenrechte – Patientencharta**
(7. März 2002; BGBl I Nr 153/2002, Stmk LGBl 2002/101; in Kraft getreten am 1. Oktober 2002)
69. Bund – Tirol: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem **Land Tirol** zur **Sicherstellung der Patientenrechte – Patientencharta**
(7. Juni 2002; BGBl I Nr 88/2003; Tiroler LGBl 2003/90; in Kraft getreten am 1. Oktober 2003)
70. Bund – Steiermark: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem **Land Steiermark** zur **Errichtung und zum Betrieb eines Nationalparks Gesäuse**
(26. Oktober 2002, BGBl I Nr 107/2003; Stmk LGBl 2003/70; in Kraft getreten am 24. August 2003)
71. Bund – Vorarlberg: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem **Land Vorarlberg** zur **Sicherstellung der Patientenrechte – Patientencharta**
(17. Juli 2003; BGBl I Nr 127/2003; Vbg LGBl 2003/80; in Kraft getreten am 1. Jänner 2004)
72. Bund – Niederösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem **Bund** und dem **Land Niederösterreich**, mit der der **Syndikatsvertrag zwischen der Republik Österreich (Bund) und dem Land Niederösterreich betreffend die Errichtung und den Betrieb eines Marchfeldkanalsystems geändert und ergänzt wird**
(12. Juni 2003; BGBl I Nr 86/2003; NÖ LGBl 6960-2; in Kraft getreten am 1. Jänner 2002)
73. Bund – Länder: Vereinbarung zwischen dem **Bund** und den **Ländern** gemäß Art 15a B-VG, mit der die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art 15a B-VG über **zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken** geändert wird
(1. Dezember 2003; BGBl I Nr ; zB Wiener LGBl 2004/11)
74. Bund – Länder: Vereinbarung zwischen dem **Bund** und den **Ländern** gemäß Art 15a B-VG über **gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich**
(BGBl I Nr 80/2004, zB Wiener LGBl 2004/13; in Kraft getreten am 1. Mai 2004)

75. Bund – Niederösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über den **Ausbau des Universitätszentrums für Weiterbildung (Donau-Universität Krems)** samt Anlage
(ohne Unterzeichnungsdatum; BGBl I Nr 81/2004, NÖ LGBl ; in Kraft getreten am 30. Juli 2004)

II. Vereinbarungen der Länder untereinander (Art 15a Abs 2 B-VG):

1. Alle Länder: Vereinbarung über den **Kostenersatz in den Angelegenheiten der Sozialhilfe**
(Der Vereinbarung, die am 13./14./17. Dezember 1973 zwischen den Ländern Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg geschlossen wurde, sind die Länder Wien am 21. März 1974, Kärnten am 10. Dezember 1974 und Salzburg am 5. Juni 1975, Sbg LGBl 1975/95, beigetreten; Burgenland trat mit 24. April 1978 und Niederösterreich mit Wirkung vom 3. Juni 1976 der Vereinbarung bei. Der Beitritt der Steiermark erfolgte am 15. Oktober 1978, Stmk LGBl 1979/22)
2. Kärnten, Salzburg und Steiermark: Vereinbarung der Länder **Kärnten, Salzburg und Steiermark** über die **Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Raumordnung im Lungau-Murau-Nockgebiet**
(abgeschlossen am 10. April 1978; Kärntner LGBl 1978/52; Sbg LGBl 1978/44; Stmk LGBl 1978/30; in Kraft getreten am 10. Juni 1978)
3. Alle Länder: Vereinbarung vom über die **Einrichtung der Gemeinsamen Filmbewertungskommission der Länder**
(abgeschlossen am 16. Juni 1978; zB Sbg LGBl 1978/74; Stmk LGBl 1979/23; in Kraft getreten am 19. September 1978)
4. Oberösterreich-Salzburg: Vereinbarung der Länder **Oberösterreich und Salzburg** über die **Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Raumordnung im gemeinsamen Grenzgebiet**
(abgeschlossen am 2. Oktober 1978; Oö LGBl 1979/59; Sbg LGBl 1978/86; in Kraft getreten am 2. Dezember 1978)
5. Burgenland, Niederösterreich, Wien: Vereinbarung über die **Errichtung einer Planungsgemeinschaft zwischen den Ländern Burgenland, Niederösterreich und Wien**
BglD LGBl 1978/20; NÖ LGBl 0800-0; im Wiener LGBl nicht kundgemacht; in Kraft getreten am 13. Mai 1978)
6. Alle Länder: Vereinbarung über die **gemeinsame Beurteilung von Baustoffen, Bauteilen und Bauweisen (Bauarten)**
(abgeschlossen am 31. Mai 1978; zB Sbg LGBl 1980/37; in Kraft getreten am 1. September 1979)
7. Kärnten, Salzburg, Vorarlberg und Wien: Vereinbarung über die **Anerkennung von Nachweisen der jagdlichen Eignung** und über die **jagdliche Verlässlichkeit**
(abgeschlossen am 31. Mai 1979, von Vorarlberg abgeschlossen am 10. September 1979; Kärntner LGBl 1979/70; Sbg LGBl 1979/59, 1980/45; Vbg LGBl 1980/3; in Kraft getreten am 13. August 1979)

8. Niederösterreich – Oberösterreich: Vereinbarung der Länder **Niederösterreich** und **Oberösterreich** über die **Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Raumordnung im gemeinsamen Grenzgebiet** (abgeschlossen am 27. August 1979; im NÖ LGBl nicht kundgemacht; Oö LGBl 1979/87; in Kraft getreten am 27. Oktober 1979)
9. Oberösterreich – Steiermark: Vereinbarung der Länder **Oberösterreich** und **Steiermark** über die **Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Raumordnung im gemeinsamen Grenzgebiet** (abgeschlossen am 10. September 1979; Oö LGBl 1979/88; Stmk LGBl 1979/87; in Kraft getreten am 10. November 1979)
10. Kärnten, Niederösterreich, Steiermark, Vorarlberg und Wien: Vereinbarung über **Angelegenheiten der Behindertenhilfe** (kein Unterzeichnungsdatum; zB Kärntner LGBl 1979/69; in Kraft getreten am 20. Juli 1979)
11. Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg: Vereinbarung über die Einrichtung einer gemeinsamen **Kommission zur Begutachtung von Schulbüchern für land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen** (zB Sbg LGBl 1980/69; Vbg LGBl 1980/10)
12. Burgenland – Niederösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die **flächenmäßige Beschränkung des Weinbaues** sowie die **Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission der Länder** (BglD LGBl 1980/31; NÖ LGBl 6151-0)
13. Kärnten, Steiermark und Vorarlberg: Vereinbarung betreffend den **Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch** (kein Unterzeichnungsdatum; zB Vbg LGBl 1981/2; Beitritt des Landes Oberösterreich am 30. Jänner 1981; Beitritt des Landes Burgenland am 20. Februar 1981, BglD LGBl 1981/19; Beitritt des Landes Salzburg mit Wirkung vom 20. April 1981, Sbg LGBl 1981/35, Beitritt des Landes Niederösterreich mit Wirkung vom 25. April 1981, im LGBl nicht kundgemacht; Beitritt des Landes Wien am 1. August 1981)
14. Tirol – Vorarlberg: Vereinbarung zwischen den Ländern **Tirol** und **Vorarlberg** über eine Änderung der Vereinbarung vom 30. September 1967 über die **Feststellung des Verlaufes der gemeinsamen Landesgrenze** und die **Instandhaltung der Grenzzeichen** (Tiroler LGBl 1986/28, 1987/6; Vbg LGBl 1987/11; 1987/13)
15. Burgenland: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Errichtung einer gemeinsamen **Kommission zur Begutachtung von Schulbüchern für land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen (Beitritt Burgenland)** (Beitritt des Burgenlandes am 2. März 1988, BglD LGBl 1988/42, für das Burgenland am 16. April 1988 in Kraft getreten)
16. Alle Länder: Vereinbarung, mit der die Vereinbarung über die **Einrichtung der Gemeinsamen Filmbewertungskommission der Länder** geändert wird (abgeschlossen am 23. November 1990; zB Tiroler LGBl 1991/7; in Kraft getreten am 4. Jänner 1991)

17. Burgenland – Niederösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über **Bewirtschaftung beim Weinbau** sowie die **Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission** (abgeschlossen zwischen den Ländern **Burgenland** und **Niederösterreich**)
(abgeschlossen am 7. Dezember 1990; Bgld LGBl 1991/75; NÖ LGBl 6152-0; in Kraft getreten am 11. Juni 1991)
18. Alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die **gemeinsame Willensbildung der Länder in Angelegenheiten der europäischen Integration**
(12. März 1992; zB Wiener LGBl 1982/29; Tiroler LGBl 1993/18; Vbg LGBl 1993/16)
19. Kärnten, Salzburg und Tirol: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen den Ländern **Kärnten**, **Salzburg** und **Tirol** über die **Zusammenarbeit im Nationalpark Hohe Tauern**
(abgeschlossen am 19. Juni 1992; Kärntner LGBl 1992/93; Sbg LGBl 1992/91; im Tiroler LGBl nicht kundgemacht)
20. Steiermark: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Einrichtung einer gemeinsamen **Kommission zur Begutachtung von Schulbüchern für land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen**
(Beitritt des Landes Steiermark mit Wirksamkeit vom 3. Februar 1992; im Stmk LGBl nicht kundgemacht, zB Vbg LGBl 1992/11)
21. Tirol: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Einrichtung einer gemeinsamen **Kommission zur Begutachtung von Schulbüchern für land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen**
(Beitritt des Landes Tirol mit Wirksamkeit vom 22. August 1992, Tiroler LGBl 1992/49)
22. Acht Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG, mit der die **Vereinbarung betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch geändert wird**
(abgeschlossen von allen Ländern mit Ausnahme Tirols am 19. Juni 1992; zB Stmk LGBl 1992/69; Vbg LGBl 1993/1, in Kraft getreten am 8. Jänner 1993)
Anm: Damit haben alle Länder mit Ausnahme Wiens diese Vereinbarung unterzeichnet)
23. Tirol: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG betreffend den **Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch**
(Beitritt des Landes Tirol am 18. März 1993; Tiroler LGBl 1993/32; in Kraft getreten am 6. Mai 1993)
24. Alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die **Zusammenarbeit im Bauwesen** (Umsetzung der EG-Bauproduktenrichtlinie; Richtlinie des Rates der EG vom 21. Dezember 1988-89/106/EWG)
(unterzeichnet am 8. Oktober 1992 in Perchtoldsdorf; zB Tiroler LGBl 1993/37; in Kraft getreten mit 24. Mai 1993)

25. Oberösterreich – Salzburg: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG, mit der die Vereinbarung der Länder **Oberösterreich** und **Salzburg** über die **Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Raumordnung im gemeinsamen Grenzgebiet** geändert wird
(unterzeichnet am 6. Mai 1993 in Linz; Oö LGBl 1993/51, Salzburger LGBl 1993/89; in Kraft getreten am 6. Juni 1993)
26. Alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über den **Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft**
(unterzeichnet am 23. September 1993 bzw die Änderung der Vereinbarung von allen Ländern mit Ausnahme des Landes Salzburg unterzeichnet am 9. November 1994; zB Wiener LGBl 1994/23, Tiroler LGBl 1995/72; geänderte Fassung in Kraft getreten mit 5. September 1995)
27. Alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über **Schutzmaßnahmen betreffend Kleinf Feuerungen**
(unterzeichnet am 9. November 1994 in Eppan; zB Tiroler LGBl 1995/51; in Kraft getreten am 17. Juni 1995)
28. Alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG mit der die Vereinbarung über **die Einrichtung der gemeinsamen Filmbewertungskommission der Länder** geändert wird
(9. November 1994, zB Vbg LGBl 1996/6; in Kraft getreten mit 4. Feber 1996)
29. Salzburg: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über den **Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft**
(Beitritt des Landes **Salzburg** am 5. Juli 1995; Sbg LGBl 1995/119 bzw zB Tiroler LGBl 1995/73; für das Land Salzburg am 19. September 1995 in Kraft getreten)
30. Burgenland – Niederösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen den Ländern **Niederösterreich** und **Burgenland**, mit der die Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen den Ländern Niederösterreich und Burgenland über die **Bewirtschaftung beim Weinbau** sowie die **Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission** (LGBl 1991/75) einvernehmlich aufgelöst wird.
(abgeschlossen: Burgenland: 23. Mai 1995, NÖ: 26. Juni 1995; Bgld LGBl 1996/12, NÖ LGBl 6152-1, in Kraft getreten mit 24. Dezember 1995)
31. Burgenland – Niederösterreich: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen den Ländern **Niederösterreich** und **Burgenland**, mit der die Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen den Ländern Niederösterreich und Burgenland über die **flächenmäßige Beschränkung des Weinbaues sowie die Errichtung einer gemeinsamen Weinbaukommission** der Länder (LGBl 1980/31) geändert wird.
(abgeschlossen: Burgenland: 23. Mai 1995, NÖ: 26. Juni 1995; Bgld LGBl 1996/13; NÖ LGBl 6151-1; in Kraft getreten mit 24. Dezember 1995)
32. Alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Aufhebung der Vereinbarung über die Aufhebung der Vereinbarung über die gemeinsame **Beurteilung von Baustoffen, Bauteilen und Bauweisen (Bauarten)**
(abgeschlossen am 10. Mai 1996; zB Tiroler LGBl 1996/51; in Kraft getreten am 13. Dezember 1996)

33. Alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über **Schutzmaßnahmen betreffend Kleinf Feuerungen**
(abgeschlossen am 5. Juni 1997; zB Bgld LGBl 1998/53; in Kraft getreten mit 25. Juli 1998)
34. Alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die **Regelung der Verwendbarkeit von Bauprodukten**
(abgeschlossen am 20. Mai 1998; zB Tiroler LGBl 1998/102; Wiener LGBl 1999/32; in Kraft getreten am 17. August 1999)
35. Alle Länder: Vereinbarung der Länder gemäß Art 15a B-VG zur **Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich**
(abgeschlossen am 26. November 1998; zB Wiener LGBl 1999/24; in Kraft getreten am 18. Jänner 2001 nach Zustimmung des Salzburger Landtages am 8. November 2000)
36. Alle Länder: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG **zur Verbesserung des Tierschutzes im allgemeinen und im besonderen im außerlandwirtschaftlichen Bereich**
(abgeschlossen am 26. November 1998; zB Wiener LGBl 1999/24)

Anhang 2

Einheitliche Länderstellungnahmen (Stand: 31.12. 2004)

1993

EG-Beitrittsverhandlungen; Liegenschaftserwerb:
VST-2235/207 vom 2.4.1993

EG-Beitrittsverhandlungen; Vogelschutzrichtlinie, Habitatrictlinie:
VST-2235/340 vom 6.9.1993

EG-Beitrittsverhandlungen; Liegenschaftsverkehr, Erwerb von Zweitwohnsitzen:
VST-2235/353 vom 20.9.1993

1994

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über
Seilbahnen für den Personenverkehr, KOM (93) 646
(ABl Nr C 70/8 vom 8.3.1994):
VST-2794/4 vom 2.9.1994

Vorschlag für eine Richtlinie über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven
und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit
Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen
(ABl Nr C 105/8 vom 13.4.1994):
VST-2806/6 vom 13.9.1994

1995

Vogelschutzrichtlinie (79/409/EWG idF 94/24/EWG), Anhang II, Teil 2, Notifi-
kation betreffend jagdbare Vogelarten:
VST-2816/23 vom 14.3.1995

Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates
für ein Programm zur Förderung künstlerischer und kultureller Aktivitäten mit
europäischer Dimension - KALEIDOSKOP 2000, KOM (94) 356 (AbI Nr C 324/5
vom 22.11.1994):
VST-2172/3 vom 9.5.1995

Vorschlag für eine gemeinsame Maßnahme betreffend die Rechtsstellung von
Staatsangehörigen dritter Länder, die sich rechtmäßig langfristig in der Union
aufhalten (Ratsdokument Nr 12338/94, ASIM 244):
VST-2868/7 vom 19.7.1995

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 90/428/
EWG über den Handel mit Sportpferden und zur Festlegung der Bedingungen
für die Teilnahme an pferdesportlichen Veranstaltungen, KOM (94) 11 (AbI Nr C
51/6 vom 19.2.1994):
VST-2233/18 vom 28.7.1995

Grünbuch der Kommission „Die Rolle der Union im Bereiche des Tourismus“
(KOM (95) 97 endg. vom 4.4.1995):
VST-2615/19 vom 21.9.1995

Vogelschutzrichtlinie (79/409/EWG idF 94/24/EWG), Anhang II, Teil 2, Notifikation betreffend jagdbare Vogelarten:

VST-2816/57 vom 28.9.1995

VST-2816/58 vom 6.10.1995

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für strategische Umweltverträglichkeitsprüfung - Konzept-UVP (kommissionsinterner Entwurf):

VST-2805/133 vom 20.10.1995

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IPC-Richtlinie), KOM (95) 88

(Abl Nr C 165/9 vom 1.7.1995):

VST-2805/173 vom 19.12.1995

1996

Europäischer Gerichtshof;

Rechtssache C-1/96 (Tierschutz in der Landwirtschaft):

VST-2194/79 vom 4.3.1996

Regierungskonferenz; grundsätzliche österreichische Position

(BKA 405.860/11-IV/5/96, BMA 907.02/27-III.3/96)

VST-2855/47 vom 22.3.1996

Europäischer Gerichtshof; Rechtssache C-81/96 (Flächenwidmungsplan – Umweltverträglichkeitsprüfung):

VST-2194/94 vom 28.5.1996

Vorschlag für eine Richtlinie über ein Verfahren zur Anerkennung von Diplomen, KOM (96) 22 (AbINr C 115/16 vom 19.4.1996):

VST-2856/46 vom 11.6.1996

Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über Schutzmaßnahmen betreffend Kleinf Feuerungen,

Kärntner Heizungsanlagengesetz 1996;

Stellungnahmen der Europäischen Kommission und einiger EU-Mitgliedstaaten

(BMwA 20.621/155-I/A/4/96 vom 28.3.1996):

VST-244/81 vom 25.6.1996

Vorschlag für einen Beschluss des Rates über ein Mehrjahresprogramm zur Förderung des europäischen Tourismus (1997 - 2000), PHILOXENIA, KOM (96) 168:

VST-2615/27 vom 15.7.1996

Regierungskonferenz; Subsidiarität:

VST-2855/99 vom 13.8.1996

Entwurf einer Entschließung des Rates zur Chancengleichheit für behinderte Menschen, KOM (96) 406:

VST-2854/203 vom 31.10.96

1997

Gemeinschaftsstrategie über die integrierte Kontrolle von Emissionen aus kleineren Anlagen, SI (Konsultationspapier der Europäischen Kommission):
VST-2872/49 vom 10.2.1997

1998

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für die Haltung von Wildtieren in Zoos:
VST-2892/92 vom 22.4.1998

Vorschlag für eine Richtlinie über eine Verringerung des Schwefelgehaltes bestimmter flüssiger Kraft- und Brennstoffe und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG (Schwefelgehalt von Brennstoffen):
VST-2805/706 vom 29.4.1998

Bauproduktenrichtlinie (89/106/EWG), geplante Änderung:
VST-531/870 vom 8.5.1998

Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zum Schutz von Legehennen in verschiedenen Haltungssystemen:
VST-2823/90 vom 24.6.1998

Vorschlag der Kommission für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein einheitliches Finanzierungs- und Planungsinstrument für die Förderung der kulturellen Zusammenarbeit (2000 bis 2004):
VST-2663/36 vom 30.6.1998

Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie über Mindestanforderungen für den Schutz von Legehennen in verschiedenen Haltungssystemen:
VST-2823/111 vom 18.11.1998

1999

Vorschlag für eine Richtlinie über Abfälle von elektrischen und elektronischen Geräten:
VST-2937/90 vom 20.4.1999

Vorschlag für eine Richtlinie über die Prüfung von Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, KOM(99)73:
VST-3074/19 vom 28.4.1999

Vorschlag für eine Richtlinie über die Verbrennung von Abfällen, KOM(98)558:
VST-2805/907 vom 1.6.1999

Vorschlag für eine Verordnung zur Statistik über die Abfallbewirtschaftung, KOM(99)31:
VST-2805/966 vom 13.9.1999

Vorschlag für eine Richtlinie über die Prüfung von Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, KOM(99)73:
VST-3074/43 vom 19.10.1999
(Änderung zu VST-3074/19 vom 28.4.1999)

2000

Verhandlungsrichtlinien der EK für einen Assoziationsbeschluss EU-Türkei:
VST-2824/7 vom 31.1.2000

Verhandlungsposition Ungarns betreffend Grundverkehr im Rahmen der EU-Erweiterung:
VST-3322/34 vom 17.2.2000

Vorschlag für eine Verordnung zur Statistik über die Abfallbewirtschaftung, KOM(99)31:
VST-2805/1093 vom 5.9.2000

Vorschlag für eine Richtlinie über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, KOM(2000)402:
VST-2805/1119 vom 31.10.2000

2001

EU-Erweiterung, gemeinsame/einheitliche Länderstellungnahme:
VST-3322/72 vom 9.4.2001

Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000;
Teilnahme an biogeographischen Seminaren der EK:
VST-2816/507 vom 24.4.2001

Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000;
Einrichtung einer Internetseite:
VST-2816/508 vom 25.4.2001

Vorschlag für eine Änderung der Richtlinie über den Schutz von Schweinen, 91/630/EWG, und deren Anhänge, KOM(2001)20:
VST-3935/7 vom 9.5.2001

2002

Fauna Flora Habitat - Richtlinie, 92/43/EWG;
Erweiterung des Anhanges 1 und Änderung des Interpretationshandbuchs:
VST-2816/622 vom 21.3.2002

Sozialleistungen für Behinderte und pflegebedürftige Personen, Export;
Aufforderung der EK zur Stellungnahme:
VST-2610/27 vom 29.4.2002

Vorschlag für eine Richtlinie über Umwelthaftung zur Vermeidung von Umweltschäden und zur Sanierung der Umwelt, KOM(2002)17:
VST-4087/25 vom 29.5.2002

Vorschlag für eine Richtlinie über Umwelthaftung zur Vermeidung von Umweltschäden und zur Sanierung der Umwelt, KOM(2002)17:
VST-4087/55 vom 23.10.2002
(Änderung zu VST-4087/25 vom 29.5.2002)

2003

Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt, KOM(2002)544:
VST-4099/8 vom 8.1.2003

Staatliche Beihilfen; Ausfallbürgschaft für öffentliche Kreditinstitute:
VST-2482/265 vom 3.3.2003

Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS):
VST-3541/59 vom 26.3.2003

Staatliche Beihilfen; Ausfallbürgschaft für öffentliche Kreditinstitute:
VST-2482/271 vom 27.3.2003)
(Ergänzung und Präzisierung zu VST-2482/265 vom 3.3.2003)

Vorschlag für eine Richtlinie über Umwelthaftung zur Vermeidung von Umweltschäden und zur Sanierung der Umwelt, KOM(2002)17:
VST-4087/115 vom 30.6.2003

Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, KOM(2003)270:
VST-4763/6 vom 5.9.2003

FFH-Richtlinie, 92/43/EWG; Gemeinschaftsliste der alpinen Region; Entwurf:
VST-2816/814 vom 30.10.2003

2004

Vorschlag für eine Richtlinie über den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, KOM(2003)624:
VST-4367/17 vom 16.4.2004

Vorschlag für eine Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt, KOM(2004)2:
VST-4657/19 vom 30.6.2004

Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000; Gemeinschaftsliste der kontinentalen Region; Entwurf:
VST 2816/923 vom 15.9.2004

Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000; Gemeinschaftsliste der atlantischen Region; Entwurf:
VST-2816/925 vom 16.9.2004

Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, KOM(2004)374:
VST-4763/22 vom 27.9.2004

Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000; Gemeinschaftsliste der atlantischen und kontinentalen Region; Entwürfe:
VST-2816/934 vom 1.10.2004

Schutzgebiet Natura 2000; Gemeinschaftsliste der borealen Region; Entwurf:
VST-2816/968 vom 7.12.2004

Anhang 3

Stellungnahmen des Nationalrates zu EU-Vorhaben

XX. Gesetzgebungsperiode:

WTO-Beschlüsse zum EU-Hormonverbot (13/S)
Übereinkommen über den Entzug der Fahrerlaubnis (12/S)
Richtlinien über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen (11/S)
EU-Verkehrsministerkonferenz (10/S)
Regierungskonferenz (9/S)
Beziehungen EU-Iran (8/S)
Regierungskonferenz/Grundrechte (7/S)
WTO-Ministerkonferenz (6/S)
Europol (5/S)
Wirtschafts- und Währungsunion (4/S)
Beschäftigungspolitik (3/S)
Tellerreisen (2/S)
Schlussfolgerung des Rates zu BSE (1/S)

XXI. Gesetzgebungsperiode:

Gipfel von Laeken (4/S)
Europäischer Rat in Stockholm (3/S)
Europäischer Rat von Nizza (2/S)
Regierungskonferenz in Portugal (1/S)

XXII. Gesetzgebungsperiode:

Vorbereitung der EU-Regierungskonferenz 2003; Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa und Regierungskonferenz 2003: Österreichische Grundsatzposition (1/S)